

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement Preis pränumerando  
 Vierteljahr 1.50 RM, monat 1.30 RM,  
 wöchentlich 30 Pf. (mit Post-  
 gebühren) Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. (mit  
 Postgebühren) 1.30 RM pro Monat  
 wemgetragen in die Post-Verwaltung  
 Preussische Postverwaltung für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2.50 RM, für das übrige Ausland  
 4 RM pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Jugoslawien, Norwegen,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Anzeigen-  
 zeile oder deren Raum 60 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Inserate  
 und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.  
 Kleine Anzeigen, das festgedruckte  
 Wort 20 Pf. (zweiwöchig 2 festgedruckte  
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.  
 Stellenangebote und Einschließungen  
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes  
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-  
 staben zählen für zwei Worte. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.  
 Donnerstag, den 5. Juli 1917.  
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die Wahlrechtsfrage vor dem Verfassungsausschuß.

Nach einer äußerlich ruhigen, aber von starken inneren Spannungen getragenen Debatte über die Wahlrechtsfrage in den Einzelstaaten hat der Verfassungsausschuß seine Abstimmung über die dazu vorliegenden Anträge auf Freitag 10 Uhr vormittags vertagt.

Da die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge gewiß ist, die ursprünglichen fortschrittlichen Anträge aber zurückgezogen wurden, konzentriert sich das allgemeine Interesse auf einen neuen Antrag Müller-Neinungen, der in Form einer Resolution die Forderung ausspricht, daß in allen Bundesstaaten die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ohne Verzug durchzuführen sei. Die Fortschrittler glauben damit die Formel gefunden zu haben, auf die sich eine große Mehrheit des Reichstages vereinigen läßt.

Der Antrag hat durch die nachträgliche Erklärung des Antragstellers, der Begriff „volle Gleichberechtigung“ umfaßt selbstverständlich auch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht an Bedeutung gewonnen.

Durch die Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge setzt sich der Verfassungsausschuß selbst dem Vorwurf aus, den gestern viele seiner Mitglieder gegen die Regierung erhoben haben: dem Vorwurf mangelnder Entschlußkraft. Statt eine Tat zu tun, zu der ihm die „Zuständigkeit“ ernstlich nicht bestritten werden kann, fordert er andere zu dieser Tat auf. Dieses Verfahren erinnert allzu sehr an das Kinderspiel „Kammerjäger zu vermicen“. Für Kinderspiele ist aber diese Zeit zu kurz.

Verdient also der Verfassungsausschuß wegen seiner spießbürgerlichen Bedenken gegen die „zu weit gehenden“ sozialdemokratischen Anträge scharfen Tadel, so darf man daraus nicht folgern, daß die Annahme des Antrags Müller-Neinungen ohne jede Bedeutung sein würde.

Dieser Antrag ist keine Tat, aber er ist wenigstens ein Willensausdruck, dessen Inhalt den Wünschen einer überwältigenden Volksmehrheit entspricht. Es ist nicht bedeutungslos, wenn diese Wünsche in Form eines Beschlusses der deutschen Volksvertretung zu legalem Ausdruck kommen. Ist ein solcher Beschluß zunächst auch nur ein Stück Papier, so wird alles darauf ankommen, was das Volk, was die öffentliche Meinung aus ihm macht.

Ein Interesse daran, diesen Antrag als ganz bedeutungslos zu behandeln, haben nur die Konservativen. Einen Augenblick scheinen sie sogar mit dem wichtigen Gedanken gespielt zu haben, den Antrag anzunehmen, um ihn dadurch zu entwerten. Sie hätten nachher behauptet, „volle Gleichberechtigung“ bedeute noch nicht „gleiches Wahlrecht“. Die spätere Erklärung des Antragstellers hat dieses Spiel unmöglich gemacht. Nun werden sie in höchster Not ein anderes Mittel suchen, um ein klares Bekenntnis der Mehrheit zum gleichen Wahlrecht in den Einzelstaaten zu verhindern.

Die Debatte, die durch einen formvollendeten und gedankensreichen Vortrag unseres Genossen Landsberg eingeleitet wurde, warf helle Schlaglichter in die dunkle Verwirrung unserer innerpolitischen Lage. Und Herr Müller-Neinungen fand mit bayerischer Deutlichkeit das Wort der Situation, als er sagte, das Volk fürchte, abermals betrogen zu werden. Beim Volk selbst wird es liegen, zu bewirken, daß der Antrag, seine Annahme vorausgesetzt, nicht zu einem neuen Mittel des Volksbetrugs mißbraucht, daß er vielmehr zu einem Werkzeug der Volksbefreiung geschärft werde.

Einen Scherz besonderer Art leistete sich der bekannte konservativ-späkmacher Kretsch, der erklärte: dem Volk sei das gleiche Wahlrecht Wurst, eine Wurst sei ihm heutzutage sogar lieber. Wir glauben, daß es dem Direktor der Spirituszentrale und Liebling der Agrarier, Herrn Kretsch, an Wurst und Schinken nicht fehlen mag. Desto schlimmer ist es, daß er die bittere Not des Volkes zum Gegenstand einer elenden Possenreiterei macht. Die schärfste Zurückweisung verdient seine verletzende Auffassung, das Volk denke nur daran, sich den Bauch vollzuschlagen und Preise auf sein Recht. Die Wähler des Wahlkreises Stallupönen-Goldap haben das Wesen einer Volksvertretung verkannt, da sie solch einen Mann in den Reichstag entsandten.

Eine wahrhaft glänzende Rolle spielte die Regierung. Millionen Leser werden heute den Bericht über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses bis auf die letzte Zeile studieren, um nach einer Auserkennung der Regierung zu sehen, die in dieser entscheidend schwersten Zeit zur Führung des Volkes berufen ist. Wir bitten, sich diese Mühe zu sparen. Ein Vertreter der Regierung hat in dieser Debatte, in der es um eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes ging, überhaupt nicht gesprochen!

Dieses Schweigen sagt mehr als alle Reden der Abgeordneten. Ist das etwa das spannungsvolle Schweigen, das einem entscheidenden Sprung vorausgeht? Wer glaubt es noch? Der herrliche Sang, der dem deutschen Volk für einen

nicht näher bezeichneten Termin eine Fülle freibeitlichen Fortschritts verspricht, ist verrauscht. Der Rest ist ein Schweigen tödlicher Verlegenheit.

### Die Sitzung.

Am Mittwoch trat der Verfassungsausschuß in die Beratung der Anträge ein, die zur Wahlrechtsfrage gestellt worden sind.

Die Sozialdemokratische Fraktion beantragt: „Der Artikel 3 der Reichsverfassung erhält folgenden Zusatz: In jedem Bundesstaat und im Reichsland Elsaß-Lothringen muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Berücksichtigung der Minderheiten (Verhältnismäßigkeit) gewählte Volksvertretung bestehen. Das Recht zur Teilnahme an der Wahl zu dieser Körperschaft haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem sie ihren Wohnsitz haben. Die Zustimmung dieser Volksvertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich.“

Gen. beantragen: In jedem Bundesstaat muß eine auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts nach dem Verhältniswahlsystem gewählte Vertretung bestehen. Das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, haben alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaate, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Die Zustimmung dieser Vertretung ist zu jedem Landesgesetz und zur Feststellung des Staatshaushaltsetats erforderlich. Noch bestehende erste Kammern (Herrenhäuser) werden aufgehoben.

Die Fortschrittler beantragen: 1. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unerbittlich dahin zu wirken, daß in allen deutschen Bundesstaaten eine konstitutionelle Verfassung geschaffen werde mit einer Volksvertretung, die auf allgemeinem, direktem, gleichem und geheimem Wahlrecht beruht. 2. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den beiden Großherzogtümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz unerbittlich eine konstitutionelle Verfassung eingeführt wird.

### Abg. Landsberg (Soz.):

Man gebe sich nicht der Illusion hin, daß der Antrag bei der Zusammenlegung des Ausschusses in seinem vollen Umfange eine Mehrheit fände. Die Einführung des jetzt geltenden Reichstagswahlrechts für die Wahlen zu den Parlamenten in den Bundesstaaten sei aber das Mindeste, was unter allen Umständen gefordert werden müsse. Die Gewährung etwa eines Pluralwahlrechts würde vom Volke direkt als eine Verhöhnung aufgefaßt werden müssen. Das Recht, im Sinne des Antrages zu beschließen, hat der Reichstag. (Widerspruch des Abg. Kretsch.)

Herr Kretsch scheint ein schlechter Kenner der Verfassung zu sein, sonst müßte er wissen, daß der Reichstag auf Grund des Artikels 78 der Reichsverfassung das Recht hat, seine Kompetenzen auszu dehnen. Im Jahre 1906 hat das Zentrum durch seinen damaligen Vorsitzenden, Grafen Hoppe, eine Erklärung im Reichstag abgegeben, die zum Ausdruck brachte, daß das Verfassungsleben der Einzelstaaten harmonisch gestaltet werden müsse. Die jetzige Ungleichheit könne nicht bestehen bleiben. Das Zentrum schon damals die Initiative der Regierung zu. Werde eine solche Gesetzesvorlage eingebracht, dann werde man ihr zustimmen. Eine ähnlich lautende Erklärung gab das Zentrum im Jahre 1909 ab. Darüber könne jetzt kein Zweifel mehr obwalten: Die Frage des Wahlrechts in den Einzelstaaten ist eine deutsche Frage. Der Einfluß Preußens auf das Reich ist ein derart überwiegender, daß dem deutschen Volke die Zusammenlegung des preussischen Parlamentes nicht gleichgültig sein kann.

### Die Osterbotschaft

lehne das Klassenwahlrecht ab; ein Pluralwahlrecht wäre mit dieser Ausdehnung nicht in Einklang zu bringen, denn es würde wieder Klassen schaffen. Wir verwerten jedes Privileg, sei es nun an den Besitz oder an die soziale Stellung geknüpft. Alerdstimmen bedeuten eine Bevorzugung der bestehenden Klassen, die eher Aussicht haben, ein höheres Lebensalter zu erreichen. Die beiden preussischen Parlamente würden der Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen nie zustimmen. Versprechungen der Krone sind den Konservativen höchst gleichgültig, wenn es gegen ihre Interessen geht. Dazu kommt noch das Verhalten der Regierung, das den Eindruck eines

### Spiels mit vertauschten Rollen

erwecken muß. Als die Wohnungsfrage im Reichstag zur Beratung stand, erklärte Staatssekretär Delbrück: Wenn Preußen verfolge, dann werde das Reich eingreifen. Mit dreifacher Notwendigkeit ist das aber beim Wahlrecht der Fall. Der Reichstag darf nicht die Passivität einnehmen, die bei der Regierung zu beklagen ist. Das gleiche Wahlrecht ist geradezu eine Lebensnotwendigkeit für die Völler. Deshalb darf eine solche Reform nicht aufgeschoben werden. Mit der Aussicht, es sollten innere Kämpfe vermieden werden, dürfe man nicht kommen. Die inneren Kämpfe haben wir bereits, von dem konservativen Treiben gegen den Kanzler angefangen bis zu der Adlon-Konferenz. Der Reichstag muß handeln, er muß die Zeichen der Zeit zu deuten verstehen.

Hunger und Not erträgt das Volk, es soll aber auch die Gewißheit haben, daß die Zeit der politischen Entrechtung vorüber ist.

### Abg. Stadthagen (Unabh.):

Der Antrag Bernstein geht in seinen Tendenz bis auf das Jahr 1848 zurück. Damals wollte man ein großes, einiges Vaterland auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts. Zweifellos war es einer der bedeutendsten politischen Akte Bismarcks, daß er für das Reich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gab. Dieses Wahlrecht darf eben nicht nur für den Ueberbau, sondern muß auch für den Unterbau des Reiches gelten, das sind die Einzelstaaten und die Gemeinden. Handelt man anders, dann kommt man zum Delostenstaat. Nur gleiches Recht für Jedermann kann den Staat vorwärts bringen. Die Kompetenz des Reichstages kann nicht in Zweifel stehen. Redner bespricht dann die Notwendigkeit der Verhältniswahl. Die Ersten Kammer sind tatsächlich der Ausdruck der Furcht vor den Reichslüssen der Volksvertretung. Scheinrechte bedeuten eine Hinterlist, denn es werden Rechte vorgekauft, die in Wirklichkeit nicht vorhanden sind. Die Ablehnung des Antrages wäre eine Parteinahme für die Bevorzugten Schichten des Volkes. Die Reform muß sofort durchgeführt werden.

### Abg. Kretsch (L.)

Be freiset die Kompetenz des Reiches. In der Verfassung steht kein Wort davon, daß das Reich den Einzelstaaten ein Wahlrecht ausstrotzen darf. Das Reich ist zu vergleichen mit einer Genossenschaft, die, auf freiwilligen Zusammenschluß beruhend, die Rechte ihrer Mitglieder nicht antasten darf. Das Klassenwahlrecht gibt gerade dem Mittelstand einen erheblichen Einfluß. Wenn man ein gleiches Wahlrecht im Reich hat, so genügt das vollkommen. Die Demokratisierung Preußens müßte zum Ruin des Staates führen. Die Konservativen haben noch nie etwas getan und werden nie etwas tun, was den König berücken könne. — Der Verfassungsausschuß war überflüssig, denn es besteht nicht der leiseste Grund, die Verfassung zu ändern. Dem größeren Teil des Volkes ist das preussische Wahlrecht Wurst, eine Wurst ist ihm vielleicht heute lieber! Wir werden in Preußen an einer Reform des Wahlrechts mitarbeiten, unter Wahrung der historischen Grundlagen des Staates.

### Abg. Mertin (Deutsche Fraktion)

behauptet, der Verfassungsausschuß gehe weit über seine Befugnisse hinaus. Die Wahlrechte der Einzelstaaten gehören nicht zu seiner Kompetenz.

### Abg. Müller-Neinungen (F. Vp.):

Das formale Recht zum Eingreifen des Reiches in der Wahlrechtsfrage ist nicht zu bezweifeln. Er sehe auf dem Boden des Reichstagswahlrechts, verjüngt durch die Verhältniswahl. Weiter könne keine Partei aber nicht gehen, deshalb lehne sie die sozialdemokratischen Anträge ab. Er schlage unter Zurückziehung der fortschrittlichen Anträge, für die eine Mehrheit nicht zu erwarten sei, folgende Resolution vor:

Der Reichstag wolle beschließen, an den Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu richten:

„Mit der an den Reichskanzler und den Preussischen Ministerpräsidenten gerichteten Osterbotschaft des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen ist auch der Reichstag der Ueberzeugung, daß nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr ist.“

Wie alle Schichten des Volkes in pflichtbewusster Aufopferung an der glücklichen Durchführung des gewaltigen Krieges mitwirken, so werden auch die großen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben, die bei Ausgange des Krieges und nach dem Kriege zu erfüllen sind, der hingebungsvollen und freudigen Mitarbeit des ganzen Volkes bedürfen. Hierfür aber ist eine unerlässliche Voraussetzung,

daß die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten ohne Verzug durchgeführt wird.

Dadurch werden in Staat und Reich machtvoll neue Kräfte für die Entscheidung des Krieges sowie für den neuen Aufbau des deutschen Lebens zur Entfaltung gebracht werden.“

Dieser Weg scheint etwas ungewöhnlich, er finde aber seine Berechtigung in den jetzigen Verhältnissen. Die Resolution sei die Antwort auf die Osterbotschaft des Kaisers. Nicht wegen der Agitation des Auslandes, sondern trotz dieser Agitation müssen Reformen sofort in Angriff genommen werden. Der Worte sind genug gewechselt, das Volk will endlich Taten sehen, denn es befürchtet, am Ende wieder betrogen zu werden.

### Abg. Dr. Jund (natl.)

erklärt, für die sozialdemokratischen Anträge nicht stimmen zu können, spricht aber für die neue Resolution der Fortschrittler. Die Kompetenz des Reiches steht fest. Preußen kann aber im Bundesrat jede Verfassungsänderung verhindern. Deshalb lehnen wir einen Eingriff durch das Reich in die Verhältnisse Preußens ab. Die Verhältnisse in Preußen sind aber so, daß eine Reform nicht mehr aufgehalten werden kann. Die Regierung muß aber sofort handeln, sonst sind die Gefahren nicht zu übersehen, die für die deutsche Sache entstehen müßten.

### Abg. Herold (S.)

erblickt in den Anträgen einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten, den das Zentrum nicht billigen könne. Zu der Resolution

Müller-Reinigen könne er noch keine Stellung nehmen, abgesehen davon, daß gar nicht klar ausgesprochen sei, was man unter Staatsbürgerlicher Gleichberechtigung verstehen wissen will.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.)

belämpft die Auffassung der Nationalliberalen, die großes Vertrauen in die Einsicht der einzelnen Bundesstaaten setzen. Durch die Haltung des Zentrums und der Konservativen werde dieses Vertrauen nicht gerade gestärkt. Deshalb ist die einzige Lösung die Annahme der sozialdemokratischen Anträge. Die haben nie bestritten, daß auch in anderen Ländern noch viel in der Entwicklung zur Demokratie zu wünschen übrig bleibt. Von der Staatsform allein hängt die Entwicklung keineswegs ab. Aber überall drängen die Verhältnisse zur Demokratie.

Allerdings bedeutet die Oberbolschewistik nicht die sofortige Vornahme von Reformen. Aber dazwischen liegen jetzt drei Monate. Die Ereignisse überhäufen sich. Das Volk ist durch das Verhalten der Regierung vom tiefsten Mißtrauen erfüllt. Die Reform muß jetzt sofort kommen, denn nach dem Kriege hätten ganz andere Aufgaben der Lösung. Will die Regierung nicht endlich ein Wort über ihre Absichten sagen? Die weit sind ihre Vorarbeiten geblieben? Herr v. Jedity habe einem Pluralwählerrecht das Wort geredet. Er müsse gerade auf Grund der Erfahrungen, die man in Sachen damit gemacht hat, dringend vor einem solchen Plane, wenn er bestehen sollte, warnen. Die Stimmung im Volke wird immer bedenklicher, deshalb darf man ihm die politische Gleichberechtigung nicht vorenthalten.

Abg. Fagunde (Sp.):

Wenn die Fortschrittler ihren Antrag zurückgezogen haben, so nur deshalb, um zu erreichen, daß überhaupt etwas zustande kommt. Dem Vorschlag des Vorsitzenden, in derselben Sitzung die Abstimmung vorzunehmen, tritt Abg. Reich mit dem Einwand entgegen, daß seine Fraktion erst über die Resolution beraten müsse.

Abg. Sturm (Unabh.):

Man gewinnt den Eindruck, als ob die Gegner der sozialdemokratischen Anträge sich im Versteckspielen üben. Die vorgeschlagene Resolution bedeutet gar nichts, als daß man einer harten Entscheidung aus dem Wege gehe. Das Zentrum werde wieder seine alte Taktik anwenden, um zu verhindern, daß wirklich ein Schritt nach vornwärts gemacht werde. Das Volk, das so schwer leiden müsse, werde jedes Vertrauen zum Reichstag verlieren, wenn der Reichstag hier versage.

Abg. v. Graf (kons.)

wünscht Aussetzung der Abstimmung über die Resolution. Die Konservativen sind erstlich gewillt, an einer Reform der Wahlrechte mitzuwirken. Die Resolution enthalte aber die Wendung von der „staatsbürgerlichen Gleichberechtigung“. Wenn damit das Reichstagswahlrecht gemeint sein soll, dann wäre das ein Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten, für den die Konservativen nicht eintreten können. Die Kosten werden nach dem Kriege den besitzenden Klassen aufgebürdet, schon deshalb kann keine Rede sein von der Einführung des Reichstagswahlrechts in den Bundesstaaten. Mit der Zurückziehung des fortschrittlichen Antrages gebe man zu, daß Medlenburg seine Verfassung selbst durchführen müsse.

Abg. Veder - Arnberg (Z.)

nimmt das Zentrum in Schutz. In Hamburg und in Sachsen haben die sozialdemokratischen Wähler die Mehrheit, ohne daß sie deshalb dort das Reichstagswahlrecht durchsetzen konnten. Dann dürfe man aber auch dem Zentrum keine Vorwürfe machen, denn es habe nicht die Mehrheit im preussischen Landtag. Das Zentrum halte daran fest, daß das Reich nicht berechtigt ist, den Bundesstaaten ein Wahlrecht aufzuzwingen. Zu verstehen ist aber nicht, daß die Mehrheit des preussischen Volkes die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen fordert. Das gleiche Wahlerrecht in Preußen kommt, weil es kommen muß, ob nun die Konservativen wollen oder nicht. Die Konservativen täten besser, an der erbitterten Stimmung im Volke nicht achtlos vorüberzugehen. Heber das Wahlrecht gibt es unter der deutschen Arbeiterklasse keine Meinungsverschiedenheit.

Abg. Müller-Reinigen

gibt als Antragsteller die Erklärung ab, daß der in seinem Antrag erwähnte Ausdruck „volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung“ das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit umfasse.

Damit schließt die Debatte.

Abstimmung Freitag vormittag 10 Uhr.

## Die Bombenverschwörung in Kristiania.

Branting beschuldigt das schwedische Außenministerium.

Stockholm, 2. Juli. (Melbung des Svenska-Telegraphen.) Infolge der Bombenverschwörung in Kristiania und der Ausweisung des deutschen Kuriers Rautensfeld sprach Branting bei einem Besuch in Kristiania in Telegrammen an seine Zeitung den Verdacht aus, daß das schwedische Außenministerium des Reichers bei diesen verbrecherischen Taten keine reinen Hände habe. Ein gewisser Baron Rosen, ein ehemaliger schwedischer Offizier, der in eine andere Sprengstoffkammer in Norwegen verwickelt gewesen sei, sei schließlich unbehindert von Schweden nach Deutschland abgereist.

Das Außenministerium des Reichers veröffentlicht heute eine Note, laut welcher es von dem Vorhaben Rautensfelds vor dem 19. Juni, als der Bericht von der schwedischen Gesandtschaft in Kristiania einlief, keine Kenntnis gehabt habe. Heber den Fall Rosen habe das Außenministerium seinerzeit auf diplomatischem Wege gewisse Mittelungen erhalten, die dem Justizminister zur Untersuchung übergeben worden seien. Nach Beendigung der Untersuchung und in Anbetracht der von dem schwedischen Behörden angestellten Untersuchungen über das vorübergehende Benehmen Rosens in Schweden seien Rosen und seine Begleiter in Schweden gerichtlich verfolgt worden. Man müsse daher im höchsten Grade bedauern, daß ein Schwede ohne Kenntnis des Sachverhalts in den jetzigen schweren Zeiten eine so ernste Anschuldigung gegen das Außenministerium ausspreche, die nur geeignet sei, das Vertrauen zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu untergraben.

## Ein Friedensfühler Lloyd Georges?

Ähnlich wie die vom Wiener Ministerium des Reichers beeinflusste „Neue Freie Presse“, betrachtet ein sozialdemokratisches Blatt des neutralen Auslandes, der Kopenhagener „Socialdemokraten“ die Glasgower Rede Lloyd Georges als einen Friedensfühler. Er betont, daß Lloyd Georges während der Kriegszeit noch nie so wenig herausfordernd gesprochen habe; daß er kein Wort über Elia-Verdringen sage, daß er keine entsetzende Niederlage Deutschlands mehr verlange. Wohl führe er noch aus, daß die Vernichtung der preussischen Militärmacht den Dauerfrieden sichern würde, aber er lege hinzu, daß die Demokratisierung Deutschlands doch eine bessere Bürgschaft für den Weltfrieden sei. Er weise nicht mehr den Gedanken ab mit dem jetzigen Deutschland in Verhandlungen zu treten, das „vom aggressiven und arroganten Geist des preussischen Militarismus beherrscht“ sei, sondern stelle nur in Aussicht, daß er mit einem demokratischen Deutschland in einem ganz anderen Geiste verhandeln könne. Lloyd George habe endlich erklärt, die Art der Befreiung Mesopotamiens müsse dem Friedens-

## Französische Angriffe östlich Cerny — Russenangriffe bei Brzezany — Starker Feuerkampf im Raum Konjuch-Zborow.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 4. Juli 1917. (W. T. Z.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Infolge Dunkels und dadurch erschwelter Beobachtung blieb die Feueraktivität bis zum Abend gering; dann lebte sie in einzelnen Abschnitten bis zum Dunkelwerden auf. Nachts kam es mehrfach zu Erkundungsgefechten, die uns Gefangene und Beute einbrachten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Ostlich von Cerny am Chemin-des-Dames griffen die Franzosen nachts zweimal die von uns gewonnenen Gräben an. Beide Male wurden sie zurückgeschlagen. Die kampfbewährten lippisch-westfälischen Bataillone stießen dem weichen Gegner nach, schoben ihre Stellung vor und machten eine größere Zahl von Gefangenen.

Auch westlich von Cerny und bei Craonne waren Unternehmungen unserer Stoßtruppe erfolgreich.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Besonderes.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls

Prinz Leopold von Bayern.

In Ostgalizien vermochten die Russen gestern ihre Angriffe nur bei Brzezany zu wiederholen. Trotz Einsatzes frischer

truppen überlassen bleiben. „Nacht und nur diesen Friedenskongreß endlich bekommen!“ rufen „Socialdemokraten“ zu dieser Aeußerung aus. „Nacht nur die Staatsmänner Europas sich an einen Tisch setzen und über die Dinge sprechen!“ In der Tat — das ist das Richtige; wieder auseinander zu gehen ohne Resultat, würde dann schwer möglich sein. „Socialdemokraten“ beruft sich darauf, daß „Daily Chronicle“ die Rede Lloyd Georges als eine Einladung an das deutsche Volk bezeichnet habe, seinerseits seine Kriegsziele deutlich mitzuteilen, und unterläßt kräftig diesen Vorschlag. „Wir hoffen“, schreibt das Kopenhagener sozialistische Blatt, das während dieser ganzen drei Jahre Krieg stets Deutschland gerecht zu werden bemüht war, daß Deutschland diese Gelegenheit zum Sprechen ergreifen wird. Eine kluge und einflussvolle politische Führung würde in Lloyd Georges Rede Anknüpfungspunkte finden können. Falls die Zentralmächte wirklich einen für alle Parteien ehrenvollen Frieden wünschen und nicht ihre Politik von der jeweils bestehenden militärischen Lage bestimmen lassen wollen, — daß sie von Frieden sprechen, wenn es schief geht und stückschweigen, wenn es besser geht — falls sie wirklich den Frieden wollen, dann ist für sie jetzt, gerade jetzt, die Zeit zum Sprechen da.“

„Daily Chronicle“, auf den der „Socialdemokrat“ Bezug nimmt, schreibt über Lloyd Georges Rede, daß er sich enthielt, harte und bestimmte Bedingungen in Hinsicht der zukünftigen Besitzungen festzusetzen: das solle alles auf dem Friedenskongreß geordnet werden. Das gelte auch von den deutschen Kolonien. Die Alliierten erklären sie nicht für ihre Beute, sondern stellen sie dem Friedenskongreß zur Verfügung, wobei natürlich besondere Rücksicht auf die Wünsche und Interessen der Bevölkerung genommen werden soll. „Daily Chronicle“ fügt hinzu, daß die Rede des Premierministers an und für sich eine Einladung an das deutsche Volk ist, seinerseits seine Kriegsziele mitzuteilen.

Der Reichstangler wird schon in nächsten Tagen Gelegenheit haben, zur Rede des englischen Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen. Der Blick auf die ausländische Presse zeigt, daß er gut daran tun wird, Anknüpfungspunkte nicht zu übersehen.

## Stockholm.

### Der Arbeiter- und Soldatenrat an die deutsche Sozialdemokratie.

Stockholm, 1. Juli. Das Stockholmer Bulletin des Arbeiter- und Soldatenrats veröffentlicht den neulich schon skizzierten Wortlaut des an Hermann Müller als Vertreter der deutschen Sozialdemokraten gelangten Antwortschreibens:

Werte Genossen!

Wir bestätigen den Empfang Ihres Briefes vom 7. Juni. Um unsere Position völlig klarzustellen, senden wir Ihnen anbei den genauen Wortlaut unseres Aufrufes. Der in der deutschen Presse veröffentlichte Text weicht in einigen Punkten vom Originaltext ab. Zudem wir Ihre Zustimmung, an der Konferenz teilzunehmen, mit Genugtuung begrüßen, machen wir Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß die von uns einberufene Konferenz zur Voraussetzung hat, daß alle Teilnehmer sich bereit erklären, gemeinsam zu beraten, und einen Beschluß zu fassen hinsichtlich der Schritte, welche geeignet sind, die proletarischen Massen zum Kampf gegen die imperialistischen Regierungen zu bewegen, um diese zu zwingen, ihre Kriegsziele aufzugeben. Weiter legt die Konferenz voraus, daß alle Teilnehmer sich verpflichten, die Beschlüsse der Konferenz durchzuführen. Nur auf diese Weise kann der Weg für den demokratischen Frieden freigemacht werden, den Frieden, der nur auf Grundlage der Selbstbestimmung aller Völker, des Verzichtes auf Annexionen und Kriegentschädigungen erreicht werden kann und muß.

Mit Parteigrüß

gez. Tschaidje

i. A. des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten

gez. Wlad. Kosanoff.

### Die Vorkonferenzen.

Stockholm, 3. Juli. (Eig. Drahtber. des „Börwärts“.) An Stelle Staunings trat Borgbjerg in das Komitee ein, das jetzt mit den Russen verhandelt.

Hier werden Franzosen erwartet, die nach Petersburg reifen. Sie sollen ein Memorandum mitbringen.

Die aus dem italienischen Ezil nach Petersburg zurückgekehrte russische Sozialistin Salabanow traf hier ein, um die Geschäfte der Zimmerwaller Gruppe zu übernehmen.

Die hier eingetroffenen drei Delegierten des russischen Arbeiter- und Soldaten-Rats Kosanoff, Smirnow und Goldenberg gehören der Menschewiki-Gruppe an. Sie konferieren heute mit der Gauche-Partei und im Anschluß hieran nahmen sie an einer Zimmerwald-Sitzung teil.

### Ansele für Beteiligung der Belgier.

Die belgische Sozialdemokratie hat in einer Vorstandssitzung in Brüssel beschlossen, die Frage der Beteiligung an der Stockholmer Konferenz einstweilen offen zu lassen, aber eine Vorkonferenz der

Kräfte kamen sie nicht vorwärts. In zäher Verteidigung und frischen Gegenstößen hielten sächsische Regimenter ihre Stellungen gegen zahlreiche Angriffe und fügten dem Feinde hohe Verluste zu. Im Abschnitt Konjuch-Zborow starker Feuerkampf. Die Tätigkeit der Artillerie war auch bei Brody und am Sischob zeitweilig sehr lebhaft.

An der übrigen Front keine größeren Gefechts-handlungen.

Wazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorf.

### Abendbericht.

Amlich. Berlin, 4. Juli 1917, abends. Weder im Westen noch im Osten größere Kampfhandlungen. Erfolgreiche eigene Flieger-tätigkeit.

### Der österreichische Bericht.

Wien, 4. Juli 1917. (W. T. Z.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Brzezany wurden heftige Angriffe starker feindlicher Kräfte blutig abgewiesen. Im Abschnitt südwestlich von Zborow haben die Russen nicht angegriffen.

Sonst auf allen Kriegsschauplätzen geringe Gefechts-tätigkeit. Der Chef des Generalstabes.

Entente-Sozialisten zu beschämen. Die der „Belgische Sozialist“ dazu mittel, ist er ermächtigt, zu erklären, daß Eduard Ansele für die direkte Beteiligung der Belgier an der Stockholmer Konferenz eingetreten sei. Der Parteivorstand habe sich im Prinzip dieser Ansicht angeschlossen, wolle aber erst die Vorkonferenz der Entente-Sozialisten abwarten. Die Redaktion des „Belgischen Sozialisten“ fügt hinzu, daß ihrer Überzeugung nach diese Vorkonferenz niemals stattfinden werde, genau wie die im Frühjahr geplante Pariser Konferenz der Entente-Sozialisten ins Wasser gefallen sei, und dann werden die Sozialisten aus dem besetzten Gebiet Belgiens mit uns nach Stockholm gehen.“

### Die Kriegszielrevison der Entente.

Nach dem „Nieuwen Rotterdamischen Courant“ meldet der „Deekly Dispatch“, daß auf einer Konferenz der Alliierten, die im August wahrscheinlich in Paris stattfinden wird, aufs neue die Kriegsziele erörtert werden sollen.

Im englischen Unterhause sagte auf eine Anfrage wegen der in Vorschlag gebrachten Konferenz der Alliierten über die Kriegsziele Lord Robert Cecil, die russische Regierung habe eine Konferenz der alliierten Mächte über die Friedensbedingungen vorgeschlagen. Die britische Regierung sehe wegen dieses Gegenstandes in Unterhandlungen mit ihren Verbündeten.

### Der Amsterdamer Kartoffelaufbruch.

Aus Amsterdam meldet die Telegraphen-Union: In einer vom sozialrevolutionären Komitee für gestern anberaumten Versammlung wurde unter dem Beifall der Versammelten der Generalstreik für 24 Stunden als Protest gegen die Kartoffelnot beschlossen. Bei der Niederländischen Schiffsbaugesellschaft haben ungefähr 1000 Mann die Arbeit niedergelegt. Das Gerücht ist im Umlauf, daß auch die Eisenbahner und Straßenbahner, ferner sämtliche Postarbeiter sich der Bewegung anschließen und in den Ausstand treten werden. Bei den neuen ernstlichen Unruhen, die sich von gestern abend bis in die dritte Morgenstunde ausdehnten, sind verschiedene Personen getötet und viele verletzt worden. Auf einem öffentlichen Plage in der Stadt wurden Tote für Truppen aus Haarlem aufgeschlagen. Auch Kavallerie ist zur Aufrechterhaltung der Ordnung requiriert worden.

Der „Rölnischen Zeitung“ wird aus Amsterdam gestern mitgeteilt: In Amsterdam ist jetzt alles ruhig. Der Bürgermeister hat jegliche öffentliche Kundgebung untersagt. Polizei und Militär sollen gegebenenfalls streng aufpassen. Zu der Verhinderung im Volke, die von gewissen Blättern unter scharfen Ausfällen gegen die Polizei geschürt wird, soll nun auch noch ein allgemeiner Ausstand kommen, wozu durch heftig abgefaßte Maueranschläge aufgefordert wird.

Nach der Niederländischen Telegraphen-Agentur von gestern berichten die Amsterdamer Blätter, daß in Rattendurg-Distrikt gegen abend weitere Ausschreitungen stattfanden. Verschleuderte Läden wurden geplündert. Gegen 11 Uhr abends ging die Polizei mit dem Revolver in der Hand zur Räumung der Straßen vor. Dabei wurden in der Rotenburger Vorstadt zwei Personen ernstlich verwundet. In der Umgebung des Gemäsemarktes kam es ebenfalls zu Zusammenstößen. Mehrere Burken plünderten einige Läden. Polizei und Militär, die mit der größten Geduld die Menge zum Auseinandergehen bewegen wollten, sahen sich schließlich genötigt, scharf vorzugehen, da sie von allen Seiten bedroht und angegriffen wurden. Das Militär feuerte und vier junge Burken wurden getötet und eine größere Anzahl verwundet.

In der Zweiten Kammer wurden gestern Interpellationen über die Kartoffelausfuhrpolitik der Regierung und über die Unruhen in Amsterdam angehängt.

### Offensiv-Aufrufe der Vorläufigen Regierung.

Eine Abordnung an die Ukraine.

Wie die Petersburgische Telegraphen-Agentur meldet, hat die Vorläufige Regierung an die Bevölkerung einen Aufruf erlassen, in dem sie alle Bürger auffordert, ihre persönlichen Interessen zu vergessen und sich wie ein Mann hinter der Armee zu sammeln, die sich in Bewegung gesetzt hat, um die Revolution und das freie russische Volk zu retten. Ferner hat die Vorläufige Regierung einen Aufruf an die Marine gerichtet, in dem sie die Tätigkeit der feindlichen Flotte in den russischen Gewässern in der letzten Zeit betont und erklärt, sie sei überzeugt, die Marine werde ebenfalls beweisen, daß das große Geschenk der Freiheit Rußland nicht geschwächt, sondern im Gegenteil seine Macht gestärkt habe und zu neuen Taten antreibe.

Aus Anlaß des Beginn der Offensive hebt ein Tagesbefehl des Kriegsministers allen Urlaub in der Armee und der dahinter liegenden Zone auf mit Ausnahme der Krankenurlauber.

Der Kongreß der Sozialen ganz Rußlands hat seine Tätigkeit beendet und zwei Entschlüsse angenommen. Die eine wendet sich gegen eine Auflösung der Reichsduma, da

dies eine Verletzung der Grundgesetze Russlands sein würde. Die andere besagt, daß die Proklamation der Ukraine die Unversehrtheit des Staates bedrohe. Die Kofalen erklären daher, daß sie die Regierung bei allen ihren Handlungen in dieser Frage tatkräftig unterstützen werden.

Die vorläufige Regierung beschloß, eine besondere Abordnung in die Ukraine zu entsenden, um sich über die Lage zu unterrichten. Die Abordnung wird sich, wie es heißt, aus sehr vorzüglichen Persönlichkeiten und den Hauptvertretern der politischen Parteien und Vereinigungen zusammensetzen.

## Chinas neues Kaiserregiment.

Der neue Kaiser, der zwölf Jahre zählt, soll nicht ein Wiederhersteller der alten Mandchu-Autokratie sein. Aus Peking meldet Havas vom Montag: Gestern wurden kaiserliche Dekrete veröffentlicht, die die Wiederherstellung des Kaiserthums in konstitutioneller Form verkünden. Sie setzen einen unter der Leitung des Generals Tchanghsan stehenden Großrat, der sich mit den Staatsangelegenheiten zu befassen haben wird, sowie einen Senat (Hof der Jüngeren) unter dem Vorsitz von Sulstschuan ein.

Nach einer Fingerring-Neuermeldung ist General Chengahrun zum Vizekönig von Schili und zum kaiserlichen Kommissar ernannt worden. Vizepräsident Fengluocheng wurde zum Vizekönig von Kwangsi und zum kaiserlichen Kommissar für Südschina ernannt. Alle ehemaligen amtlichen Titel und Bezeichnungen der Regierungsdepartements sind wiederhergestellt worden.

Kaiser Huan-Tung hat bereits als sechsjähriger Knabe Chinas Thron inne gehabt, bis er am 12. Februar 1913 durch Edikt seiner Mutter Lungnü, die sich den republikanischen Bestrebungen gefügt hatte, dieses Thrones verlustig ging.

## Fliegerbomben auf Jerusalem.

Tuaregs belagern Agadir.

Konstantinopel, 2. Juli. (Weldung der Agentur Milli.) Mehrere englische Flieger haben in der letzten Woche mehr als hundert Bomben auf die Stadt Jerusalem geworfen. Es waren weder Menschenverluste noch bedeutende Schäden zu verzeichnen. Die Beschädigungen einiger heiligen Stätten sind ebenfalls nicht sehr bedeutend. Wir überlassen der öffentlichen Meinung das Urteil über dieses Vorgehen, das mit allen Grundgesetzen der Zivilisation und Menschlichkeit in schreiendem Widerspruch steht.

Nach und aus zuverlässiger Quelle gekommenen Nachrichten geht die in der algerischen Sahara operierenden Araberabteilungen fort. Die Bewegungen der Araberabteilungen des Sudans entwickelten sich mit Erfolg immer weiter. Eine aus 80 Mann bestehende, aus Bilma, dem Hauptort von Aneca, entsandene französische Abteilung wurde bei Agadir vollständig vernichtet. Die Araberabteilungen machten einige Gefangene und erbeuteten ein Geschütz. Die französischen Truppen in Agadir werden gegenwärtig dort belagert.

## Kriegsgefangene als Sabotierer.

Strenge Maßnahmen.

Wolffs Bureau teilt mit: Aus Anlaß der in der letzten Zeit festgestellten vielfachen Versuche von Kriegsgefangenen, das deutsche Wirtschaftsleben durch Zerstörung deutschen Eigentums („Sabotage“) zu schädigen, mehrten sich die Zuschriften, in denen Ratsschlüsse erteilt werden, gegen Kriegsgefangene, die bei Ausführung solcher Verbrechen gefaßt werden, aufs strengste einzuschreiten. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß von den Militärbehörden rechtzeitig die entsprechenden Maßnahmen angeordnet sind. Kriegsgefangene, die sich des erwähnten Verbrechens schuldig machen, werden auf das strengste, gegebenenfalls mit dem Tode bestraft.

## Die Offensive in Galizien.

Berlin, 4. Juli. (B. I. S.) Am 3. Juli stieß an der ganzen russischen Front der Angriff. Lediglich bei Przegany verwehrt die Russen ihre Angriffe zu erneuern. Das schauerliche Bild von der Sommeroffensive 1916, wo die Angreifer regimentenweise steten, wiederholte sich. Alles Einschließen frischer Kräfte half den Russen nicht weiter. Bereits den Vormittag über waren südlich Przegany mehrere starke Angriffe zusammengebrochen. Um 1 Uhr nachmittags setzte auf die Stellungen nördlich der Bahn Przegany-Tarnopol erneut hartes Feuer aus Galizien ein. Gegen Abend griffen die Russen die Höhen von Przegany an. Ein Russeneinsturm von Kampagnebreite war der ganze Erfolg der mit vielfacher Ueberlegenheit angelegten Angriffe. Es ist jetzt größtenteils bereits wieder gefäubert. Eigene Vorträge in die russischen Stellungen am Westufer der Jstria-Lipa und bei Zwynon brachten Gefangene ein.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 3. Juli. Antik. Im Atlantischen Ozean haben unsere U-Boote wiederum eine größere Anzahl Dampfer und Segler vernichtet.

Unter den versenkten Schiffen befand sich u. a. der bewaffnete englische Dampfer Ribera mit 5000 Br.-Keg.-Lo. Kohle nach Archangelst, der bewaffnete russische Dampfer Betty mit 1000 Lo. Kohle nach Archangelst, der russische Segler Widwud mit Del nach England, ein großer bewaffneter Dampfer, vollbeladen nach England, ein großer, durch Zerhöcker gesicherter Dampfer, aufscheinend Transportdampfer, mit Nr. 23, zwei Dampfer, die durch Doppelschuh zusammen aus demselben Geleitzug herausgeschossen wurden.

Wegen die englischen bewaffneten Dampfer Falodon, 3012 Br.-Keg.-Lo., und Alstonian, 6381 Br.-Keg.-Lo., wurden von einem U-Boot Torpedostreifer erzielt. Das Sinken der Schiffe konnte jedoch nicht beobachtet werden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Englands verkappte Maßnahme gegen Holland.

Ueber den Gewaltstreik, den England durch Ausdehnung des Sperrgebietes gegen Holland führt, schreibt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ vom 2. Juli abends: Durch den jüngsten Beschluß der englischen Regierung soll nun die geringe Sicherheit, die noch auf der Nordsee bestand, verfallen. Die niederländische Schifffahrt soll dadurch verurteilt werden, ihre ganze Verkehrsamkeit einzustellen. Was das für unser Land bedeutet, für unsere Industrie, die ihre Grundstoffe über See einführen muß, für unsere Lebensunterhalt, der von der Getreidezufuhr abhängig ist und für unseren Viehbestand, der überseeische Futtermittel nicht entbehren kann, ist deutlich genug. Die bestehende Nationalisierung für die Menschen muß verkürzt werden, bei den Millionen Stück Vieh, für die Futter nicht mehr vorhanden sein wird, muß Abschachtung von Hunderttausenden vorgenommen werden. Die holländische

Regierung hat nicht nachgelassen, Vorstellungen bei der englischen Regierung zu erheben und hierbei die Erwartung auszusprechen, daß die englische Regierung, wie die deutsche es im Februar zu unseren Gunsten getan hat, gleichfalls unseren Interessen entgegenkommen werde. Unser Ansuchen an England verlangt nicht viel. England soll die Westgrenze des verperrten Gebietes so weit zurücksetzen, daß eine freie Fahrtrasse bestehen bleibt. Aldann bedeutet die Ausbreitung des Sperrgebietes nach Westen nicht eine verkappte Maßnahme gegen Holland.

Stockholm, 4. Juli. Laut „Tidningen“ wurde am 1. Juli in der Office in der Höhe von Karlskrona ein großer, von Norwegen kommender Handelsdampfer vermutlich durch deutsche Seestreitkräfte gefaßt.

Stockholm, 4. Juli. Die aus Gese gemeldet wird, begegnete ein dort eingetroffener schwedischer Dampfer in der Nähe der schwedischen Küste dem Brad des finnischen Dampfers Ottawa, der am 29. Juni mit 300 Tonnen Eisenerz von Gese nach Finnland ausfuhr.

Rotterdam, 4. Juli. Der Hafen von Glasgow ist wegen Minengefahr gesperrt worden.

Kopenhagen, 4. Juli. „Nationaltidende“ zufolge trafen gestern abend die ersten beiden schwedischen Dampfer, die sich des deutschen Freigeleits bedient haben, in Göteborg ein. Die Reise ist glatt verlaufen. Beide Schiffe waren mit Städtgut beladen.

## Der deutsche „Nationalverband“ protestiert gegen die Amnestie!

Eine Schande für das deutsche Volk.

Wien, 4. Juli. Abgeordnetenhause. Das Haus setzte die Debatte über die Berichte des Verfassungsausschusses und des Justizauschusses über die kaiserlichen Verordnungen betreffend die zeitweilige Einstellung der Wirksamkeit der Geschworenengerichte und die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit fort.

Abg. Dr. Körner (Tscheche) wies die gegen das böhmische Volk erhobene Beschuldigung des Hochverrats als Verleumdung zurück. Der Amnestieakt des Kaisers sei eine konstitutionelle, Augenmaßliche Tat gewesen.

Abg. Döbernick gab namens des Deutschen Nationalverbandes eine Erklärung ab, worin hinsichtlich des Amnestieerlasses dem Befremden darüber Ausdruck gegeben wird, daß der Ministerpräsident als Berater der Krone nicht seinen Einfluß entsprechend zur Geltung gebracht habe, weshalb die Deutschen dem weiteren Verhalten der Regierung nur mit Mißtrauen entgegensehen könnten. (Zustimmung bei den Deutschnationalen.) Aber in der Begründung aller jener, die noch während des Krieges sich bis zur Verneinung des Staates verstiegen und seine Auflösung im Sinne der Feinde vertreten haben, erblicken wir eine ungeheuerliche Belastung des Staates selbst. Niemals vermögen wir zu vergessen, daß Tausende unserer Brüder Opfer des Vertrates geworden sind. (Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Deutschnationalen.) Wir Deutschen können die Verantwortung für alle die unabsehbaren Folgen nicht tragen. Was immer, unser Volk wird aus allen Stürmen ungebeugt hervorragen. (Lebhafte, anhaltender Beifall und Handklopfen bei den Deutschnationalen; Redner wird vielfach beglückwünscht.)

Schon die Tatsache, daß gleich nach Döbernick der Christlich-Soziale Zink für die Amnestie sprach, wie gestern unser ferndeutlicher Genosse Bernerstorfer, zeigt, daß das Wort „wir Deutsche“ im Munde des Herrn mit dem südslawischen Namen eine läbliche Annäherung ist. Wo aber von „uns Deutschen“ die Rede ist, da haben die Reichsdeutschen vielleicht auch noch ein Wort mitzureden. Und da können wir aus unserer Kenntnis des deutschen Volkes heraus versichern, daß es hierzulande nicht ein Duzend Menschen gibt, die die Worte des Herrn Döbernick unterschreiben möchten.

## Hauptauschuß des Reichstags.

Allgemeine politische Aussprache.

Prinz Schönau-Carolath (natl.) wandte sich gegen die gestrigen Ausführungen Eberts, die in vielen Punkten zu weit gegangen seien, wies aber nach, daß in bezug auf die Ernährungsverhältnisse Eberts Ausführungen vollberechtigt seien.

Dr. Koeside (l.): Fraglos seien bei unserer Ernährung Schwierigkeiten vorhanden; jedoch sei es in den feindlichen Ländern ganz gewiß nicht anders, zum Teil noch erheblich schlechter als bei uns. Auch seine Partei sei durchaus bereit, für bessere Einrichtungen im eigenen Lande zu sorgen. Jedoch fehle jetzt für Änderungen des Wahlrechts und ähnliche Maßnahmen die nötige Zeit und Ruhe.

Koske (Soz.): Diejenigen Landwirte, die sich durch die Preistreiberien bewegen lassen, ihre Produkte zurückzuhalten und auf Schleichwegen über den Höchstpreis zu verkaufen, begehen ein schweres Verbrechen am Vaterlande und machen die großen Worte von ihrem Patriotismus nicht wahr. Es sei auch ein bedauerlicher Fehler des Reichstagslers gewesen, daß er sich nicht klipp und klar zu der Forderung des Friedens ohne Kriegsentscheidungen und Annexionen bekannt habe. Dieses müßte jetzt unter allen Umständen nachgeholt werden. Ebenso müßte mit den neuen Einrichtungen im eigenen Lande schon jetzt begonnen werden. Preußen und Sachsen verlagen auf diesem Gebiete vollständig.

Dr. Stresemann (natl.) ging auf die Tätigkeit unserer Diplomatie ein und empfahl dringend, jetzt mit der neuen Einrichtung im eigenen Lande zu beginnen. Die Ausführungen des Abg. Koske hierüber seien durchaus zutreffend und jede Verzögerung dieser Maßnahmen würde dem Vaterlande nur zum Schaden gereichen.

Der Staatssekretär des Innern Dr. Helfferich ging auf die Papierfrage ein. Eine Erleichterung der Kontingentierung sei nur möglich in Verbindung mit einer günstigeren Gestaltung der Kohlenversorgung, insbesondere der Verbesserung der Einfuhr böhmischer Braunkohle für die großen sächsischen Papierfabriken. Dem Abg. Koske erwiderte er, er könne niemandem das Recht zugestehen, ihn als einen Gegner der Neuordnung hinzustellen; er stehe vielmehr vollständig auf dem Boden der Oberhoheit und der Reden des Reichstagslers.

Der Kriegsminister teilte mit, daß er gegen die Behauptung der Vorzensur über die „Frankfurter Zeitung“ sofort eingeschritten sei und die Zurücknahme der Verfügung veranlaßt habe. Ihm sei die Drahtmeldung zugegangen, daß seiner Antreibung Folge geleistet sei.

## Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Senatorenkonvent des Reichstags trat am Mittwoch zu einer Sitzung zusammen, um den Arbeitsplan für die nächsten Tage festzulegen. Am Donnerstag steht die Kreditvorlage zur Beratung. Die Beratung wird aber dann nach der einleitenden Rede des

Schatzsekretär, Grafen Koedern, unterbrochen, bis der Hauptauschuß seine Arbeiten erledigt hat. Am Freitag steht die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags auf der Tagesordnung. Damit soll die Beratung des Antrages des Verfassungsausschusses verbunden werden, für die Neuwahlkreise mehr Mandate zu schaffen. Am Sonnabend wird dann die Beratung der Kreditvorlage fortgesetzt. Diese Beratung wird die Form einer allgemeinen Debatte annehmen.

Eine Reichstagsanfrage zum Kupfer-Prozess. Abgeordneter Schiffer (natl.) stellt folgende Frage: Ist der Herr Reichstagsler angeht die durch den Prozess Kupfer enthaltenen Vorgänge nunmehr bereit, den Beschlüssen des Reichstags vom 20. 12. 16 und 26. 8. 17 zu entsprechen und unbergänglich und mit rückwirkender Kraft Maßnahmen zur Einziehung unlauterer Kriegsgewinne herbeizuführen?

## Der Verfassungskonflikt in Sachsen.

Offener Bruch!

Aus Dresden wird berichtet, daß es am Mittwoch in der Zweiten Kammer zum offenen Bruch mit der Regierung kam. Da die Regierung die Einsetzung einer Zwischendeputation für die Verfassungsreform ablehnte, beschloß die Zweite Kammer mit 50 gegen 25 Stimmen, die Einsetzung der von der Regierung gewünschten Zwischendeputation für die Kohlenvorlage nur zu genehmigen, wenn die Regierung in die Verfassungsdeputation einwilligt. Damit sind beide Deputationen gefallen.

Jetzt muß die Regierung den Landtag Ende August wieder einberufen, damit die Kohlenvorlage bis Ende Oktober erledigt werden kann. Gleichzeitig wird damit auch die Verfassungsdeputation wieder in Tätigkeit treten können, so daß die Absicht der Regierung, die Neuordnung hinauszuschieben, doch vereitelt wird.

Ueber die Dienstagssitzung wird uns berichtet: Auf der Tagesordnung stand der Antrag des Verfassungsausschusses, der die Regierung unter anderem auffordert, im Bundesrat für die Durchführung der von der Reichsleitung zugefügten vollständigen und freiwilligen Neugestaltung zu wirken. Infolge der ablehnenden Haltung der Regierung im Ausschuss und der konservativen herrschte Konfliktstimmung. Der Minister des Innern, Graf Bismarck, sagte zwar eine lokale Förderung der Neugestaltung und ein Eintreten für Erfüllung der neuen Zeit zu, lehnte aber gleichzeitig eine Wahlrechtsreform für Sachsen erneut ab. Genosse Prähdorff übte an dem Verhalten der Regierung die schärfste Kritik. Auch von nationalliberaler Seite wurden eindringliche Mahnungen an die Regierung gerichtet, die tiefgehende Unzufriedenheit im Volke zu beachten.

Der Minister wollte diese allgemeine Särung durch die Rahmungsmittelechwierigkeiten erklären, wurde aber in temperamentvoller Weise durch den sozialdemokratischen Mitberichterhatter eindringlich darauf verwiesen, daß das Volk ebenso nach Brot wie nach Gleichberechtigung rufe. Wenn man nicht eine freiwillige, vollständige Entwicklung durch eine baldige innere Neugestaltung ermögliche, dann werde man die Folgen zu verantworten haben und sich kämpfen gegenübersehen, die die Regierung vor allem gern vermeiden möchte. — Nach weiteren lebhaften Verhandlungen, denen die Regierung nicht mehr beizubehalten, stimmte die erdrückende Mehrheit der Zweiten Kammer dem Antrage des Verfassungsausschusses zu, gegen den nur 13 Konservativen sich erhoben.

Wegen einer Neuerung in der Ausschussführung der Zweiten Kammer wurde ein bekannter nationalliberaler Abgeordneter von einem konservativen Abgeordneten mit einer Duellforderung bedroht. Die Sache wurde jedoch beigelegt.

Prof. Kolbenhauer, der Vorsitzende der nationalliberalen Partei der Rheinprovinz, ist im 60. Lebensjahre gestorben.

Der deutsche Kampfflieger Tosenbach von der Kampfstaffel Solde ist nach dem 14. Siege im Luftkampf gefallen.

Eine friedensfreundliche Aungebung in Boston wurde von Nationalgarden zerstreut.

Ein Wiberfacher Benizelos, General Papulos, Kommandant des 5. Korps im Peloponnes, hat um seine Entlassung aus dem aktiven Dienst nachgesucht.

Die amerikanische Regierung zeigt an, daß England eine neue Anleihe von fünfundsanzig Millionen Dollar erhalten hat.

## Letzte Nachrichten.

Die Deutschradikalen sind erbittert.

Wien, 4. Juli. Ueber die heutige Sitzung der deutschradikalen Partei wird parteiunabhängig folgendes verlautbart: In der heutigen Sitzung der deutschradikalen Vereinigung wurde nach eingehender Erörterung folgender Beschluß gefaßt: Die deutschradikale Vereinigung erklärt, daß der von der Regierung gegengezeichnete und daher von ihr voll zu verantwortende Amnestieerlass sie mit großer Besorgnis für die Zukunft erfüllt, da er insbesondere von den Tschechen als Beweis von Schwäche aufgefaßt und dadurch ihre gegen das Staatsgange gerichtete Begehrlichkeit ins Ungemessene gesteigert wird. Die deutschradikale Vereinigung kann daher dieser Regierung kein Vertrauen mehr entgegenbringen und wird ihre Haltung dieser Regierung gegenüber dementsprechend einrichten.

Russlands ruinierte Finanzen.

Bern, 4. Juli. Der Petersburger Korrespondent der „Morning Post“ äußert in einem vom 28. Juni datierten Bericht die schmerzlichen Bedenken über Russlands Finanzen und führt unter anderem aus: Bei Kriegsbeginn haben die Papierzahlungen im Mittel 100, bei Sturz der Jarenregierung 1000 Millionen Pfund Sterling betragen. Während der drei ersten Monate des neuen Regimes sind bereits weitere 250 Millionen Pfund Sterling ausgegeben worden und neuerdings werden wöchentlich 25 Millionen Pfund Sterling in Umlauf gesetzt. Infolge der gewaltigen Vermehrung des Papiergeldes hat der Rubel 80 Prozent seiner Kaufkraft verloren. Der ausländische Rubelkurs ist kein sicheres Kriterium mehr, da er durch drakonische Maßregeln aufrechterhalten wird.

Die Lage in Amsterdam.

Amsterdam, 4. Juli. (B. I. S.) Die wegen des Kartoffelmangels entstandene Unruhebewegung hat im Laufe des Tages zugenommen, ist aber nicht allgemein. Das Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, „Het Volk“, mahnt zur Ruhe und Selbstbeherrschung und verurteilt die bisherigen Tumulte und Plünderungen. Im Laufe des Tages ist es zu vereinzelten kleineren Zusammenstößen zwischen Gruppen aus der Bevölkerung und Polizei und Militär gekommen, wobei auch Geschossen wurde. Ansehnliche Truppenkontingente und berittene Gendarmen sind aus der Provinz angekommen. Die Stadtteile, in denen es in den beiden letzten Nächten zu aufrührerischen Auftritten kam, sind abgesperrt. In den Straßen patrouillieren Polizei und Soldaten.

# Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

## Die Lohn- und Tarifbewegungen im Zimmererzweige 1916.

Wäre das Jahr 1916 ein Friedens- und nicht ein Kriegsjahr gewesen: Das Baugewerbe hätte sicherlich umfangreichere Lohn- und Tarifbewegungen zu führen gehabt als jemals in einem Jahre vorher. Die seit 1908 fortschreitende Zentralisierung des Tarifvertragswesens im Baugewerbe, besonders aber die damit von den Unternehmern verfolgten Absichten haben in Arbeiterkreisen starke Unzufriedenheit ausgelöst, die sich früher oder später zu zahlreichen Forderungen verdichten wird. Der Krieg hat diese Forderungen zurückgehalten und bewirkt, daß sich bei Ablauf der Tarifverträge am 31. März 1916 das Streben der Arbeiter auf eine durch die Zerstörung bitter notwendig gewordene Aufbesserung der Löhne beschränkte. Aber auch dieses Streben kam nicht zur vollen Entfaltung, da schon frühzeitig, im November 1915, die Reichsregierung ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Tarifverträge bekundet hatte, woraus wiederum weitere Arbeiterkreise den Schluß zogen, daß nun auch regierungsseitig für eine entsprechende Lohnzulage eingetreten werde und es deshalb besonderer Energie durch die Arbeiter selbst nicht bedürfe. Diese letztere Meinung hat sich in der Folge allerdings als falsch erwiesen. Auf den Verlauf der allgemeinen Tarifbewegung im Baugewerbe braucht hier nicht nochmals eingegangen zu werden. Die unter Mitwirkung der Reichsregierung im Mai 1916 zustande gekommenen Lohnvereinbarungen — Verhandlungen im Februar waren am ablehnenden Verhalten der Unternehmer gescheitert — sind bekannt; sie brachten für alle Tarifsorte je nach der Ortsgrößenklasse, der sie zuzählen, Zulagen von 7, 10 und 11 Pf. pro Stunde, die in drei Raten gezahlt wurden. Günstiger verlief die Lohnbewegung für Berlin und Umgebung, die eine Zulage von 14 Pf. brachte. Nicht minder günstig auch die Bewegung für Thüringen, die für zahlreiche Orte recht beträchtliche Lohnsteigerungen zur Folge hatte. Nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Löhne im allgemeinen waren die vielfach für Kriegs- und Heeresarbeiten getroffenen Vereinbarungen. Nach einer Uebersicht des Zimmererverbandes erhielten 1916 in 640 Verbandsstellen 17 979 Mitglieder = 90,68 Proz. des gesamten Mitgliederbestandes Lohnsteigerungen von 1—37 Pf. Unter 7 Pf. erhielten 216 Mitglieder, von 7—11 Pf. 15 992, von 12—14 Pf. 1294 und über 14—37 Pf. 687 Mitglieder. Der durchschnittliche Stundenlohn der Verbandsmitglieder ist seit 1916 um 10,84 Pf. von 84,46 auf 95,30 Pf. gestiegen. Eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist 1916 leider nicht erfolgt.

Die Tarifstatistik des Zimmererverbandes zählte am 1. Januar 1916 446 Tarifverträge. Sie hatten Gültigkeit für 8523 Orte mit 5857 Betrieben und 17 648 Zimmerern, wovon 14 119 Verbandsmitglieder waren. Am 31. März 1916 lagen sämtliche auf Grund des Reichslohnvertrages von 1913 abgeschlossenen Verträge zum Ablauf, und zwar 389 Verträge für 8170 Orte mit 5500 Betrieben und 17 082 Zimmerern, darunter 13 062 Verbandsmitglieder. Erneuert wurden auf Grund der Vereinbarungen vom 4. Mai 1916 315 Tarifverträge für 7071 Orte mit 2884 Betrieben und 13 653 Zimmerern, darunter 10 249 Verbandsmitglieder. Die 84 nicht erneuerten Verträge erstreckten sich zu allermeist auf Orte, in denen die Verbandsstellen wegen Einberufung fast aller Mitglieder zum Militär zu existieren aufgehört haben. Neu abgeschlossen wurden 1916 sieben Tarifverträge für 84 Orte mit 178 Betrieben und 244 Zimmerern, wovon 1480 Verbandsmitglieder waren. Diese sieben Verträge gelten nur für Kriegsbauten und erwidern mit der Fertigstellung der Arbeiter, oder nach Friedensschluß. Insgesamt führt die Tarifstatistik des Zimmererverbandes am 31. Dezember 1916 369 Tarifverträge auf, für 7430 Orte mit 3205 Betrieben und 16 356 Zimmerern, darunter 12 016 Verbandsmitglieder. 261 Verbandsstellen mit zusammen 5394 Mitgliedern waren Ende 1916 noch mit ihrem Tarifvertragsabluß im Rückstand, für sie hielten auf Grund früherer Vereinbarungen Tarifverträge abgeschlossen sein müssen, doch war ihr Abschluß bis dahin nicht vollzogen.

## Berlin und Umgegend.

### Aus dem Kriegsausschuß für Groß-Berlin.

Von der Firma D. in M. erließen die Subkommission des Arbeiterausschusses und trägt die Forderung von 50 Reparaturloshoffern vor, die Lohnforderungen gestellt hatten, sich aber mit der Firma nicht verständigen konnten. Nach längerer Auseinandersetzung erfolgt eine Verständigung dahin, daß die Reparaturloshoffler, die jetzt durchschnittlich einen Verdienst von 1,72 M. für die Stunde haben, sofort 5 Pf. und in sechs Wochen wieder 5 Pf. Zulage erhalten. — Von derselben Firma wird auch eine Differenz von 36 Kupfermiedern erledigt, die wegen Verdienstaufbesserung keine Verständigung im Betrieb erzielen konnten. Im Kriegsausschuß wird folgende Regelung vorgeschlagen: Die reinen Akkordlöhne werden so erhöht, daß 1,60 für die Stunde vom Arbeiter durchschnittlicher Leistung erreicht werden können. Dazu kommen als Zuschläge 10 Proz. und außerdem 20 Pf. für die Stunde. — Eine dritte Differenz derselben Firma dreht sich darum, daß über die Auslegung einer 14 Tage vorher getroffenen Vereinbarung bezüglich der Schloffer im Motorenbau eine Differenz entstanden war. Auch hierüber wird nach sehr langer Auseinandersetzung eine Verständigung herbeigeführt.

Die Stellmacher der Wagenfabrik von A. haben den Kriegsausschuß angerufen, um Differenzen, die durch Lohnforderung entstanden sind, zu regeln. In längerer Auseinandersetzung werden eine Reihe von Mißverständnissen aufgeklärt und sodann die Sache zur weiteren Regelung an den Betrieb zurückverwiesen. Die Differenz der Angestellten einer hiesigen Drickstranckenfabrik hat den Kriegsausschuß nochmals beschäftigt. Bekanntlich drehte es sich darum, daß die Aufsichtsbehörde angeordnet hatte, daß der Vorstand der Ortskrankenkasse eine Verlängerung der bereits seit mehreren Monaten gezahlten Feuerungszulage vornehmen sollte. Die Angestellten, die sich das nicht gefallen lassen wollten, hatten den Schlichtungs-

ausschuß angerufen und der Kriegsausschuß entschied dahin, daß die Parteien sich verständigen sollten, sonst siehe den Angestellten der Ablehrschlein zu. Wohl infolge dieser Entscheidung des Kriegsausschusses ist das Oberversicherungsamt vom Vorstand der Ortskrankenkasse von dem Sachverhalt informiert worden. Das Oberversicherungsamt hat sich deshalb an den Kriegsausschuß gewandt mit dem Ersuchen, die Angelegenheit nochmals zu verhandeln. Der Kriegsausschuß erklärte sich unter der Bedingung dazu bereit, daß die Parteien mit einer nochmaligen Verhandlung einverstanden sind und auch das Oberversicherungsamt einen Vertreter schickt. Die erneute Verhandlung hat nunmehr stattgefunden und ist folgender Ausgleich gefunden:

Die Gehälter der Angestellten werden so erhöht, daß die Summe, um welche die Feuerungszulage vermindert ist, damit ausgeglichen wird. Alle Anwesenden haben sich ausdrücklich mit diesem Ausgleich einverstanden erklärt und dürfte damit nunmehr eine Grundlage für eine allseitig befriedigende Lösung dieses Konflikts gefunden sein.

Der Angestelltenausschuß der Firma D. u. A. brachte die Beschlüsse der gesamten Angestellten dieses Betriebes vor, wonach dieselben, trotzdem sie seit Beginn des Krieges noch keinen Urlaub gehabt haben, auch in diesem Jahre keinen Urlaub erhalten sollen. Nach Feststellung der Situation in anderen, gleichen und ähnlichen Betrieben und nach Prüfung der diesbezüglichen vom Kriegsausschuß veröffentlichten Erklärungen erkannte der Kriegsausschuß dahin, daß kein Grund vorliegt, den Angestellten nicht den ihnen zustehenden Urlaub zu gewähren.

## Parteinachrichten.

### Die Frauenkonferenz für das Reich

findet statt am Sonnabend, den 7. Juli, vormittags 10 Uhr, im Bureau des Parteivorstandes, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Die Organisationen, welche die Wahlen vorgenommen haben, werden gebeten, den Delegierten Legitimationen auszustellen.

**Berstein im „Reiter Lloyd“.** Gegen die bekannte Erklärung des Genossen Hermann Müller im „Vorwärts“, die Sozialdemokraten seien nach Stockholm gegangen, um für den Frieden zu arbeiten, nicht um Parteistreit zu treiben, hat sich Eduard Bernstein ein zu einem Vertreter des offiziellen „Reiter Lloyd“ ausgesprochen. Bernstein soll erklärt haben, daß nur die gesamte Gruppe der Mehrheit das Recht habe, auf die Erklärung der Minderheit zu antworten. Die Angriffe Müllers interessierten ihn darum nicht, auch weil er Müller, wie viele andere sogenannte Sozialisten, nicht als solchen betrachte.

Wir können nicht glauben, daß sich Bernstein wirklich solche Abberndheiten geleistet hat. Außerdem erscheint uns der „Reiter Lloyd“ wirklich nicht als der geeignete Platz zur Abgabe derartiger Erklärungen.

### Kriegshefte der „Leipziger Volkszeitung“.

Die „Leipziger Volkszeitung“ fährt fort, zur Förderung ihrer „unabhängigen“ Parteigeschäfte die deutsche Sozialdemokratie durch offerndes Zitierenhauberei und rabulistische Auslegungen als alldeutsch, annexionistisch, Kriegsheftisch, zum mindesten aber als in der Friedensfrage durchaus unüberlässig zu denunzieren. Wer das Zentralorgan der Partei, den „Vorwärts“, liest und wer die Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag verfolgt hat, dem braucht man die Unstimmigkeit solcher Wortworte nicht erst lange auseinanderzusetzen.

Wir haben schon wiederholt erklärt, daß wir Wichtigeres zu tun haben, als mit der „Leipziger Volkszeitung“ um Zitate zu raufen, und daß uns die Arbeit für den Frieden zu ernst ist, um sie in elendem Parteistreit verkommen zu lassen. Die „Leipziger Volkszeitung“ kennt aber längst keine andere „Friedensarbeit“ als die, jene Partei, die nun doch einmal in Deutschland und in der Welt als einzige ernst zu nehmende Trägerin deutscher Friedensbestrebungen gilt, aus Konkurrenzgründen zu verschimpfieren. In der Wirkung aber läuft das auf nichts anderes als auf eine kräftige Unterstützung der Kriegshefte hinaus.

Die „Leipziger Volkszeitung“ würde offenbar den Krieg lieber noch zehn Jahre lang dauern lassen, als daß sie ein Verdienst der deutschen Sozialdemokratie an der Friedensarbeit gelten ließe. Sie ist auch in dieser Beziehung das genaue Spiegelbild der Alldeutschen-Konferenzen. Jittern die vor einem Frieden durch den Sozialismus, weil dies den Sieg des Sozialismus überhaupt bedeutet, so jitters die „Leipziger Volkszeitung“ nicht weniger vor einem Frieden, der durch die Mitarbeit der deutschen Sozialdemokratie zustande kommen könnte. Denn wo bliebe dann die Konkurrenz?

Die Politik der Unabhängigen, das ist: die größte Frage der Menschheit, gesehen aus der Prospektive eines elenden Parteistritts.

### Halte den Dieb!

Das neue Parteiblatt in Leipzig hat die dortige Handelskammer um Förderung ersucht. Das war sicher ein Fehltritt. Natürlich wimmert die Minderheitspresse vor fitlicher Empörung. Wie diese Jugendhelden aber in Praxis beschaffen sind, das lehrt vorzüglich das Rundschreiben der „Nordhäuser Volkszeitung“, die in diesen Tagen ebenfalls das Leipziger Schreiben zum Anlaß einer billigen Entrüstungsposse nahm:

Nordhausen, Ende August 1914.

Sehr geehrter Herr!

Die Kriegsgrenze schlagen zurzeit der Menschheit wie der Menschlichkeit tiefe Wunden. Bierzig Jahre friedlicher Entwic-

lung mit ihrer Kultur sind in diesen großen Kriege vernichtet, aus der Zeit der Weltgeschichte gestrichen. Deutschlands Söhne müssen mit ihrem Blut dem Jarrismus und seinen Verbündeten Opfer bringen, um den Bestand des Reiches zu sichern.

Die ehernen Säulen der Kanonen scheiden heute die Weltgeschichte und wir alle hoffen und wünschen, daß dieser Abschnitt nur ein kurzer sei und langdauernder Friede ihn ablösen möge. Der kommenden Zeit, dem neuen Zustande gilt unter Wirken und Werden. Die Wunden zu heilen, die Barbarei durch Zivilisation zu erlösen, ist Aufgabe der den Krieg Überlebenden. Diesen erweisen Aufgaben, deren Richtlinien schon heute gezeichnet werden müssen. Ein besseres Verstehen der Bedürfnisse des Volkes, ein größeres Ineinandergreifen und Leben ist Voraussetzung für die Entwicklung Deutschlands und seiner Bewohner.

In solchem Verständnis gehört auch die Kenntnis von den Idealen und dem Willen der arbeitenden Klassen. Wir treten daher in dieser ersten Stunde an Sie heran, um auch Sie zu bitten, sich aus dem Organ dieser arbeitenden, sich der neuen Kultur widmenden Massen Ihre Ansichten zu äußern und Kenntnis zu nehmen von dem tiefgehenden ernsten Streben der arbeitenden Schichten, Deutschlands Zukunft vorzubereiten.

Aus unserem Malt spricht unmittelbar die Ansicht der schaffenden Klassen über Krieg und Frieden, über Wirkung und Behebung der Kriegsverbrechen.

Gleichwohl wie das unheimliche Völkerringen endet. Der Kampf im friedlichen Wettbewerb um den Wirtschaftsmarkt, um die kulturelle Befreiheit des deutschen Volkes wird härter und schwerer werden wie je zuvor. Er wird auch nur erfolgreich für alle geführt werden können, wenn nicht wieder Klassenfeindlichkeit und Klassenvorurteil und Nichtverstehen und Nichtbegreifen hohe Wände zwischen den sozialen Schichten aufrichten. Das könnte zum großen Teil vermieden werden, wenn auch die sozial höher Stehenden die Stimme der Arbeitenden hören, wie sie aus den Spalten der Arbeiterblätter spricht.

Auch Sie, geehrter Herr, sollten deshalb heute das Wort abstreifen, das ein Verhängnis für Volk und Vaterland gewesen, und unserem Blatte und seiner Politik die Beachtung schenken, die sie im Interesse des deutschen Volkes verdienen.

Gechachtungsvoll

„Nordhäuser Volkszeitung“.

Dieses Rundschreiben hat die „Nordhäuser Volkszeitung“, ein Organ der Unabhängigen, Ende August 1914 an die Unternehmer, Kapitalisten und Herrschenden in ihrem Verbreitungsgebiet geschickt. Sie erklärt darin den Klassenkampf sehr würdevoll als ein „Verhängnis für Volk und Vaterland“ und bittet — anders kann man es wirklich nicht nennen — um Teilhabe durch das Wohlwollen der Reichen.

Zu diesem Rundschreiben der „Nordhäuser Volkszeitung“ um Unterstützung durch die Unternehmer, sagt der „Gothaer General-Anzeiger“ entscheidend, das Zirkular stamme aus dem Jahre 1914, wo es noch gar keine unabhängige Sozialdemokratie gegeben hat, mögen gegen „den Kriegsausbruch die Sinne überall etwas verwirrt hatte“. Diese Entschuldigung war zu erwarten, ändert aber nichts daran, daß es dieselben Genossen sind, die Ende August 1914 einen so mächtigen Kriegsausbruch hatten und die heute die führende Rolle in der unabhängigen Sozialdemokratie spielen.

## Industrie und Handel.

### Allgemeiner Verband deutscher Waggonfabrikanten.

Diejenigen Waggonbauwerken, die nicht in der Norddeutschen Wagenbauvereinigung zusammengeschlossen sind, haben sich nunmehr auch vereinigt und den Wagenbauverband gebildet, der seinen Sitz in Berlin hat. Beide Vereinigungen, sowohl die Norddeutsche Wagenbauvereinigung wie auch der Wagenbauverband, sind zusammengeschlossen in dem großen Verband deutscher Waggonfabrikanten und bilden Gruppe I bzw. Gruppe II des letzteren.

### Spekulationen auf die neue Weinernte.

Während die Weinreben eben erst geblüht haben und sich noch gar kein Ueberfließ über die Ernteaussichten gewinnen läßt, wird Mittelungen aus Weinbaugenden zufolge schon jetzt versucht, Vorkäufe für Weine der bevorstehenden Ernte abzuschließen. Es werden teilweise Preise geboten, die die letztjährigen Verkaufspreise um die Hälfte übersteigen. Zur Bekämpfung dieser Spekulationsjente sind augenblicklich Verhandlungen im Gange, die den gewissenlosen Preistreibern auf dem Weinmarkt von vornherein wirksam entgegenzutreten wollen. Vielzahl werden die Weinbauern bereits amlich gewarnt, heranzugehende Kaufabschlüsse vorzunehmen, da sie vor behördlichen Eingriffen nicht den geringsten Schutz bieten.

## Soziales.

### Neugestaltung des Jugendrechts.

Die deutsche Zentrale für Jugendfürsorge hat für die beste Arbeit, die eine Neugestaltung des deutschen Jugendrechts zum Gegenstand hat, einen Preis von 1000 M. ausgelobt. Die Entscheidung über die Zuerkennung des Preises scheidet einem Preisrichterkollegium zu, das sich aus 7 Personen zusammensetzt, die von der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge gewählt werden. Die Bewerber müssen ihre Arbeit, mit Antwort versehen, bis zum 1. April 1918 dem Direktor der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, Berlin N. 24, Rindfleischplatz 3, einreichen. Der Name und die Anschrift sind im verschlossenen Umschlag beizufügen.

Seantw. v. l. Vork. Dr. Franz Dieberich, Berlin-Friedenau; für d. Ueigenen Teil des Preises: Alfred Scholz, Kaufm.; für Jmmerater: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Schmidt's Buchdruckerei u. Verlagsgesellschaft Emil Singer & Co., Berlin SW.

Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

**Deutsches Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Max Pallenberg  
in **Familie Schmek.**  
Kammerspiele.  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Tänzerin**  
(mit Leopoldine Konstantin).  
**Volkshöhle.** Theat. a. Bülowplatz.  
Untergrundh. Schönhauser Tor.  
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Königin der Luft.**  
Dir. C. Meinhard — R. Bernauer.  
**Komodienhaus**  
8 Uhr: Wie fessle ich meinen Mann?  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.  
**Lessing-Theater.**  
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:  
Marie Ottmann u. Hans Wabmann in  
**Niobe.** Oper. v. O. Blumenthal.  
Musik v. Osk. Straus.  
**Berliner Prater-Theater**  
Kassanienallee 7—9.  
Heute:  
**Alha — famos!**  
Große Aufführungs- u. Operettenposse  
in 8 Akten mit Gesang und Tanz.  
Vorher das große Varietèprogramm.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**URANIA**  
Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr:  
**Die Insel Rügen.**  
**Voigt-Theater.**  
Badstr. 36. Badstr. 38.  
Täglich große Extravorstellung.  
**Pieper und Sperling**  
Grüßlaffgasse  
Spezialitäten-Programm.  
Anf. Sonntags 4. wochentl. 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
**Cabaret**  
„Feldgrau“  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Theater für Donnerstag, den 5. Juli.**  
**Deutsches Opernhaus**  
7 1/2 U.: **Nanon.**  
**Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**  
**Kleines Theater**  
8 Uhr: **Im Bahnwärterhaus.**  
**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels vom Lindenhof.**  
**Metropol-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**  
**Neues Operettenhaus**  
Schiffbd. 4a. Kassental. Nord. 28f  
7 1/2 U.: **Der Soldat der Marie.**  
**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Der Mann seiner Frau.**  
Gartenh.: Berlin wie es lebt u. hast.  
**Residenz-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Die Konkurrenten.**  
**Schiller-Theater O**  
7 Uhr: **Lohengrin.**  
**Schiller-Th. Charlottenb.**  
7 1/2 U.: **Alt-Heidelberg.**  
**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.**  
**Theater am Nollendorfpl.**  
3 1/2 Uhr: **Der Wildschütz.**  
7 1/2 U.: **Die Gulaschkanone.**  
**Theater des Westens**  
7 1/2 U.: **Stolze Thea.**  
**Trianon-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Der Star.**  
**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Zigeuner.**  
Gartenhühner-Vorstellung.

**Palast**  
Theater am Zoo  
Tägl. 7 1/2. Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2.  
R. Steidl, A. Müller-Lincke,  
Gottfr. Grünber, B. Lehnhoff  
in „Der Herr ohne Wohnung“.  
Dazu:  
**Afra, die Seltsame usw.**  
**NATIONAL-THEATER.**  
Röpenicker Str. 68 7 1/2, 8 1/2 Uhr:  
Ein Stück aus der guten, alten Zeit!  
**Die Lieder des Musikanten!**  
Vollständ. in 7 Bildern.  
Vorverkauf ab 10 Uhr.

**Zirkus A. Schumann**  
Am Bahn. Friedrichstr.  
Rauchen gest. Kühler Aufenthalt.  
Das **Zirkus-Varieté-** Programm  
U. a.: Kunstschützin  
**Berta Steiner.**  
**Bayr. Alpen-Spiele.**  
**Halali** Parforce-  
Schnitzel-  
Jagd.  
Heute und folgende Tage  
Gänsefüßchen-Reich per Stb. 3.25  
Gänsefüßchen . . . per Stb. 4.50  
Gänsefüßchen . . . per Stb. 5.50  
Zpidgans . . . . . 10.00  
**Max Westheimer,**  
Neue Jakobstr. 12. 25633  
**Hämorrhoiden!**  
Verlangen Sie Arztsprospekt.  
**Dr. Gebhard & Co.,**  
Berlin 117, Hallesche Straße 22d.

**Admirals-Palast.**  
**Abakadabra**  
großes phantastisches Ballett  
auf dem Eis.  
Angenehmer kühler Aufenthalt  
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

Das Urteil im Prozeß Kupfer.

Nachdem am gestrigen 7. Verhandlungstage die Zeugenvernehmung beendet worden war, trug der Konkursverwalter Schmidt seine Ermittlungen über die Durchführung der Angeklagten vor, die nicht ordnungsmäßig war und es nicht sein konnte, weil dazu ein ganzes Heer von Buchhaltern hätte angestellt sein müssen. Die Angeklagte selber war bei dem Umfang und der Verworrenheit der Geschäfte nicht annähernd in der Lage, die Bücher vorchriftsmäßig zu führen. Der Konkursverwalter hat festgestellt, daß 183 Personen als Einleger in Frage kommen. Die eingelegte Summe beziffert sich auf ungefähr 6 700 000 M. Diese Summe muß annähernd von der Angeklagten zurückgezahlt worden sein. Unter den Einlegern befinden sich 79 Gewinner mit 2 980 000 M. und 84 Verlierer mit 3 070 000 M. Bei der Konkursmasse sind denn auch etwa 3 100 000 M. Forderungen angemeldet. Eine weitere wichtige Frage ist: wie hätte sich die Angelegenheit gestellt, wenn die Darlehensverträge als echt anerkannt worden wären und sie danach erfüllt werden müßten. Einleger wie Brudmann, Frau Wille, Stolz haben aus verhältnismäßig kleinen Anfangsbeträgen riesige Schlussummen geltend gemacht. Herr Stolz macht für seine Person allein eine Forderung von über 900 000 M. geltend, Herr Ködiger über 500 000 M. Die Einlagen sind eben derartig lawinenartig ins Unglaubliche gewachsen, daß, wenn im Ernstfalle die Angeklagte die Beträge erfüllen mußte, sie etwa 40 bis 50 Millionen zur Verfügung hätte haben müssen. Jeder vernünftige Mensch hätte sich doch sagen müssen, daß eine solche Summe im Lebensmittelschäft unmöglich verdient werden kann. Zu der Annahme, daß Frau Kupfer Geld hinter sich gebracht haben könnte, liegt trotz sorgfältigster Nachforschungen keinerlei Anhalt vor, um so weniger, als sie während der ganzen Zeit ihrer Haft unter Aufwendung der eifrigsten Tätigkeit sich bemüht hat, alles, was nur irgend möglich war, in die Konkursmasse hineinzubringen, damit ihre Schuldenlast verringert werde. Was den persönlichen Aufwand betrifft, so wird dieser auf die Höhe der aus dem Konkurs zu erzielenden Dividende von seinem großen Einfluß sein. Was die Konkursmasse anbelangt, so sind schon eine größere Anzahl von Beträgen zurückgezahlt worden und der verfügbare Massenbestand ist 700 000 M. Wenn man 3 100 000 M. annimmt, so würde eine Dividende von 22 Proz. möglich sein. Voraussetzlich werden aber noch Beträge, vielleicht in derselben Höhe wie bisher, zurückgezahlt werden, dann läme eine Dividende zwischen 35 und 40 Proz. und vielleicht noch höher heraus. Ein solcher Betrag würde die Verluste der Einleger also verringern. Auf weitere Fragen der Verteidiger gibt der Sachverständige noch einige interessante Zahlen über die beim Verkauf im Konkurs erzielten Einnahmen. Danach sind erzielt: für neue Wäsche 7000 M., für Weine und Spirituosen 7000 M., für Seifen und Lebensmittel 2500 M. usw.

Nach der Mittagspause richtet der Staatsanwalt noch an den Konkursverwalter Schmidt die Frage, ob nicht auch viel Goldschmuck bei der Angeklagten beschlagnahmt worden sind. Nach dessen Angabe sind jedoch erhebliche Kostbarkeiten nicht gefunden worden, die Schmuckstücke haben nur einen Wert von etwa 2000 M. Sodann wird festgestellt, daß Generaldirektor Kaffone sich als Zeuge noch nicht gemeldet hat. Infolgedessen wird auf seine Vernehmung endgültig verzichtet und sodann, da weitere Anträge zur Beweisaufnahme nicht gestellt werden, diese geschlossen. Vorher trifft der Vorsitzende noch kurz die weitere Feststellung, daß die Angeklagte vom Tage ihrer Verhaftung an voll gehandigt war und nicht die gleichen Angaben wie gegenwärtig vor den Geschworenen gemacht hat. Hierauf schritt er zur Verlesung der Schuldfragen. Es sind vier Fragen, zwei Haupt- und zwei Nebenfragen, die auf schwere Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug in fortgesetzter Handlung, auf einfachen Bankrott und Bewilligung mildernder Umstände lauten.

Nunmehr ergriff Staatsanwalt Loh das Wort zu seinem Plädoyer, in dem er u. a. folgendes ausführte: Es ist in der Deffinitivität vielfach die Frage aufgeworfen worden,

warum nicht gegen die Einleger strafrechtlich vorgegangen wird. Die Staatsanwaltschaft ist nicht in der Lage, gegen diese Personen strafrechtlich vorzugehen, da sich geschlechte Unterlagen für eine strafbare Handlung dieser Personen bisher nicht ergeben haben. Denn wenn man auch annehmen muß, daß diese Leute, soweit sie dauernd oder längere Zeit in Geschäftsverbindung mit der Angeklagten gestanden haben und diese lössalen Gewinne einstrichen, sich sagen müßten, daß bei einer realen und soliden Geschäftstätigkeit auf die Dauer so ungeheure Gewinne nicht zu erzielen sind und deshalb doch etwas dabei nicht in Ordnung sein könne — so ist doch eine Möglichkeit des Vorgehens gegen sie nicht gegeben, weil ja alle diese Geschäfte erdichtet waren und nur vorge spiegelt wurden. Hätte sie wirklich derartige Geschäfte gemacht, so wäre eine Handhabe gegeben, um auf Grund der Kriegsgesetze und der Strafgesetze wegen Wuchers vorzugehen. Es handelt sich aber, wie gesagt, nur um fingierte Geschäfte. — Der Staatsanwalt schildert dann die Angeklagte, die, wie anerkannt werden muß, alles getan hat, um mögliche Aufklärung in dieser Strafsache zu schaffen, als eine auhergewöhnlich raffinierte, routinierte und geübte Geschäftsfrau, die von ihrem ersten Erscheinen in Berlin an unordentlich und betrügerisch vorgegangen sei. Es ist ein Schaden von über 3 Millionen Mark entstanden, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß das Verfahren nur wegen 50 Fälle eröffnet worden ist, während 188 Fälle bekannt geworden sind. Der Staatsanwalt beantragte schließlich, die Angeklagte im Sinne der Anklage schuldig zu sprechen, und zwar wegen Betruges, der Urkundenfälschung in gewinnstüchtiger Absicht, sowohl der Fälschung an Privat als auch der öffentlichen Urkunden, ferner des Konkursbetruges in der Form des zu großen Aufwandes, der unordentlichen Buchführung und der unterlassenen Bilanzziehung. Die Hauptfrage für die Angeklagte sei die nach Bewilligung mildernder Umstände, die Frage, ob sie ins Zuchthaus oder ins Gefängnis wandern solle. Sie ist allerdings unbetrast und hat ein volles Geständnis abgelegt, letzteres entsprach aber nicht einem Herzensbedürfnis, sondern entsprach ihrer Klugheit; zu einem offenen Geständnis gehört auch Reue, davon sei aber bei ihr keine Spur vorhanden, sie habe vielmehr in dem Anklageeratum ewig gelächelt und sich als die Heldin eines interessanten Prozesses gefühlt. Deshalb sind ihr mildernde Umstände zu versagen. Ihre Tat ist eine solche, wie sie in der Kriminalgeschichte gottlob nur selten vorkommt. In der schamlosesten Weise hat sie die Namen angesehener Personen gemißbraucht, gegen Treu und Glauben gewirtschaftet, wie es geradezu haarsträubend ist, wobei ihr allerdings zugute kam, daß ihr gewisse Leute ihr Vorgehen unglaublich erleichtert haben. Aber andererseits hat sie nicht nur Leute geschädigt, die schon große Vermögen besaßen und im Kriege danach trachteten, in nicht sehr nobler Weise es noch zu vermehren, sondern auch kleine Leute, und deshalb verdient sie keine mildernden Umstände.

Zuletzt Dr. Löwenstein: Wir stehen am Ende eines der schlimmsten und eigenartigsten Prozesse. Was ist das Eigenartige dieser Verhandlung? Der Charakter der Frau, die den Mittelpunkt von ihr bildet, eine Erscheinung, wie sie mir in meiner 22-jährigen Praxis noch nicht vorgekommen ist. Sie, die ein und ein halbes Jahr in einem Sumpf der Lüge lebte, hat bewußt kein unwahres Wort über ihre Lippen gebracht. Sie zeigt einen Wahrheitsfanatismus, wenn etwas hier verdunkelt wurde, so geschah es seitens einiger Zeugen. Das Räseln der Angeklagten, das der Staatsanwalt als Mangel an Reue angesehen will, entspricht nur ihrem ganzen Charakter: sie hat auch Gelächel, als sie verhaftet wurde, und auf die Frage, wie das nur

möglich sei, hat sie geantwortet: „Es war mir eine Erlösung, als ich verhaftet wurde, als der Wust von Lug und Trug vorbei war; die Zukunft liegt jetzt frei und offen vor mir!“ Aus diesem Gesichtspunkt heraus muß ihr Betragen betrachtet werden. In seinen weiteren Ausführungen hält es der Verteidiger für unabweidbar, daß die Angeklagte zwar wegen schwerer Fälschung öffentlicher Urkunden verurteilt werden muß, da bei den bezüglichen Urkunden, die sie vorzeigte, die vorgeschriebene Form nicht gewahrt worden sei. Mit Entschiedenheit wandte sich der Verteidiger gegen das Vorliegen eines Betruges. Die Leute, die Hunderttausende und Millionen Gewinne einheimen wollten, konnten nicht betrogen werden. Die Geschäfte, die sie machten, waren nicht real und durch das Gesetz soll nur geschützt werden, was auf Grund realer Geschäftsbasis erworben ist. Zum Schluß erucht der Verteidiger die Geschworenen, unter allen Umständen der Angeklagten mildernde Umstände zu bewilligen. Sie sei keine verbrecherische Natur und nicht nach Berlin gekommen, um zu betrügen, sondern um sich ehrlich zu ernähren.

Rechtsanwalt Dr. Kalischer ergänzte die Ausführungen des Vorredners nach der juristischen und tatsächlichen Seite noch durch eingehende Ausführungen, wobei er mit den Einlegern recht scharf ins Zeug ging. Die Geschäfte, die die Einleger betrieben haben, seien wucherische als Darlehensgeschäfte der Angeklagten gegenüber. Wieder liege auch gegenüber der Militärbehörde vor und somit eine unbillige Handlung. Mit besonderem Nachdruck trat der Verteidiger für die Bewilligung mildernder Umstände ein und betonte dabei unter anderem, daß die Angeklagte eine Dichterin sei, die in Phantasien lebe. Im übrigen würden die Geschworenen sorgfältig zu prüfen haben, ob — was bestritten wird — Konkursvergehen vorliegt.

In kurzer Replik überließ es der Staatsanwalt den Geschworenen, zu entscheiden, ob sie die Angeklagte für die wahrhaft tugendhafte, ehrliche Frau halten wollen, die Frau, die als ideale Dichterin in einer Art Dämmerschlaf gehandelt hat, oder als eine von verbrecherischen Instinkten getriebene Frau; der Staatsanwalt wandte sich aber entschieden gegen die Ausführungen der Verteidiger in Sachen des Betruges, stieß dabei aber auf Widerspruch der Verteidiger. — Frau Kupfer verzichtete aufs Wort.

Nach der Rechtsbelehrung durch den Vorsitzenden gingen die Geschworenen zur Beratung zurück. Ihr Wahrspruch lautete: Die Angeklagte ist der öffentlichen Urkundenfälschung und des Konkursbetruges unter Zuhilfenahme mildernder Umstände schuldig. Der Staatsanwalt beantragte darauf 5 Jahre und 5 Monate Gefängnis sowie 10 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagte zu 2 Jahren 6 Monaten und 3 Tagen Gefängnis. Die 5 Monate und 3 Tage wurden als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen. Auf Ehrverlust wurde nicht erkannt.

Groß-Berlin

Man kriegt ja alles!

Die Münchener alldeutsche Zeitschrift „Die Wirklichkeit“ schildert in ihrer neuesten Nummer folgendes Reiseerlebnis: In meinem Abteil fuhr eine wohlbeleibte Berliner Dame. Ihren Reben nach zu schließen reiste sie in das gelobte Süddeutschland, um sich von einem andauernden, langsamen Hungertode zu erholen. Ihr Gegenüber, ein früherer, älterer Herr, dessen dicke, rote Waden nichts von Mangel verrieten, nicht zur Bestätigung mit dem Kopfe. Hernach wurde er vertraulicher und erzählte, er würde von seinen Ferienorten in Reddenburg berichtet. Der biedere Herr gab sich als ein Regierungsrat aus dem Reichsamt des Innern zu erkennen. Nun öffnete auch die dicke Dame ihr vertretetes Herz und erklärte, hinten herum erhalte sie ja auch für 50 bis 60 Pfennig das Stück Bier, überhaupt wenn man Geld aufwendete, kriegt man ja alles.

Ganz unhaltbare Zustände

bestlagt eine Berliner Kolonialwarenhandlungsvereinigung, welche die zuständigen Stellen in einer Eingabe darauf hinweist, daß sowohl Klein- wie Großhändler vom städtischen Warenverteiler gezwungen würden, beim Einkauf von Wädlingen auch die teuren Räuchererale mit zu kaufen, für die sie so wenig Verwendung hätten, daß die Kafe oft für die Hälfte des Einkaufspreises verkauft werden müßten. Was mögen diese meist jedendämmen Tierchen im Einkauf kosten! Ein Großhändler ließ für mehrere Tausend Mark Räuchererale in den Kühlraum legen (wo sie nur etwas später verderben), weil es ihm unmöglich ist, sie überhaupt abzuweisen. Kehlich liegt es mit den Fischkonserven, welche von den zuständigen Gesellschaften eingeführt, mit festen Preisen versehen und den Gemeinden ausgeteilt werden. Letztere wälzen Ware und Risiko auf den Handel ab, der dann sehen kann, wie er zu seinem Gelde kommt. Unter diesen Umständen kann man verstehen, daß die Vereinigung um eine Verfügung dahingehend bittet, daß die Kriegsgesellschaft für den entstandenen Schaden aufzukommen habe.

Fleischverkauf nach Nummern.

Das Nachrichtenamt schreibt: Trotz unserer wiederholten öffentlichen Aufforderungen an die Schlächter, den durch die Fleischverordnung vorgeschriebenen Nummernausweis für ihre Kunden regelmäßig und unbedingt vorzunehmen, wird dieser Pflicht von vielen Schlächtern immer noch nicht genügt, zum Teil mit der wenig glaubhaften Entschuldigung, Polizeibeamte hätten ihnen den Nummernausweis verboten und dem Publikum das Recht zuerkannt, an jedem beliebigen Tage einzukaufen. Wir weisen deshalb nochmals auf die Verpflichtung jedes Fleischkäufer zu betonen, daß der Nummernausweis hin und werden jeden Verstoß mit sofortiger Sperre des Fleischbezuges strafen. Andererseits wird auch das Publikum ersucht, sich nach dem Nummernausweis zu richten und die Ansammlungen zu vermeiden. Es liegt kein Anlaß vor, sich anzustellen. Der Fleischbedarf der laufenden Woche ist bereits heute gedeckt, und dank dem tatkräftigen Eingreifen des Landesfleischamts und der Provinzialfleischstelle erscheint auch für die kommenden Wochen ausreichende Viehanlieferung gewährleistet.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf Abschnitt 85 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm Grieß, Abschnitt 86 100 Gramm Haferflocken, Hafergrübe oder Hafermehl, und Abschnitt 87 100 Gramm Suppen. Die Abschnitte sind von morgen bis zum Montag in den durch besondere Verkaufsschilder gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften abzugeben. Die Ware wird dann nach Ablauf der üblichen Frist zur Verfügung stehen.

Behandlung der Magermilch im Haushalt. Magermilch soll alsbald abgekocht werden; zweckmäßig werden hierzu die mit Vorkehrungen gegen das Ueberwachen versehenen sogenannten Milchschöpfe verwendet. Nach dem Kochen ist die Milch sofort abzufüllen und zur Verhütung des Zutritts neuer Keime möglichst in demselben Gefäß, das einen übergreifenden Deckel haben soll, kühl aufzubewahren. Ist Magermilch infolge zu langer Lagerung oder unadäquater Aufbewahrung sadenziehend oder schleimig geworden oder zeigt sie sonst eine abweichende Beschaffenheit, insbesondere einen fremdartigen Geruch oder Geschmack, so ist sie vom Genuß auszuschließen. Sauer gewordene Magermilch von reinem Geruch und Geschmack kann wie saure Vollmilch verwendet werden. Zur Er-

nährung von Säuglingen darf Magermilch auf keinen Fall verwendet werden.

Die Brotversorgung beim Wohnortwechsel. Ueber die Regelung der Brotversorgung bei dauerndem Wechsel des Aufenthaltsortes (Umzug) und im Reiseverkehr haben die Zentralbehörden folgende ergänzende Bestimmungen erlassen. Bei Reisen über 14 Tage hinaus sind den Reisenden unter Einziehung der in ihrem Besitz befindlichen Berliner Brotmarken Reichsbrotmarken für die Dauer ihrer Reise bis zur Höchstdauer von 3 Monaten, vom Tage der Ausstellung der Abmeldebescheinigung ab gerechnet, auszuhandigen oder gegebenenfalls nachzusenden, auch wenn eine noch längere Reisedauer behauptet wird. In der Abmeldebescheinigung ist der Zeitraum, für den die Reichsbrotmarken ausgehändigt sind, zu vermerken. Es ist unzulässig, bei Reisen bis zu 3 Monaten die Abgabe von Reichsbrotmarken zu verweigern und die Reisenden während der Dauer dieser Zeit auf den Bezug von Brotmarken am Reiseort zu verweisen. Ebenso ist es unzulässig, Reisenden Abmeldebescheinigungen zu erteilen, ohne sie mit Reichsbrotmarken zu versehen. Umgekehrt müssen Reisende, die nach Berlin kommen, ebenfalls bis auf die Dauer von 3 Monaten von ihrem bisherigen Wohnort mit Reichsbrotmarken versehen werden; sie dürfen also in Berlin erst nach dieser Zeit mit Brotmarken versehen werden. Reisende, die vor dem 15. Juni auf Grund des alten Abmeldegesetzes mit Reichsbrotmarken versehen worden sind und jetzt ihre Abwesenheit länger ausdehnen wollen, als ursprünglich beabsichtigt war, sind nach den gleichen Grundätzen zu behandeln. Sie erhalten also ebenfalls bis auf eine Gesamtreisedauer von 3 Monaten Reichsbrotmarken ausgehändigt bzw. nachgeschickt. Bei Reisen bis zur Dauer von 14 Tagen sind Berliner Brotmarken ohne weiteres gegen Reichsbrotmarken umzutauschen. Bei dauerndem Wechsel des Aufenthalts sind dem Begleitenden auf Wunsch die ihm für die laufende Brotmarkenperiode bereits ausgehändigten Brotmarken gegen Reichsbrotmarken umzutauschen.

Die Kohlenversorgung.

Nachdem bereits vor 14 Tagen das Kriegsamts seine Maßnahmen getroffen hat, liegt nunmehr die Kohlenfrage bei den Groß-Berliner Gemeindeverwaltungen, die das Erforderliche zu beantragen haben. Dies scheint nun aber die Angelegenheit nicht vom Flecke zu kommen und inzwischen verringerte die Vorratsergänzung gewisser begüterter Kreise die Lagerbestände immer mehr zum Nachteil derer, die sich regelmäßig einzudecken pflegten. Auch eine weitere Preisberaufschlagung ist in Kraft getreten und die Kohlensteuer, d. h. eine nochmalige Verteuerung steht bevor. Es muß nunmehr dringend gefordert werden, daß die Kommunalbehörden mit sofortiger Wirkung eingreifen und dabei Maßregeln ergreifen, die rückwirkend auch auf die Vorratsergänzung sich erstrecken. Ihr Einwirken muß rückgängig gemacht werden. Also heraus mit der Kohlenverordnung!

Eine von der Bezirksorganisation Groß-Berlin einberufene Versammlung, die heute, abends 8 Uhr, im „Lehrer-Vereinshaus“, Alexanderstr. 41, stattfindet, wird sich mit dem Thema „Die Kohlenversorgung im kommenden Winter“ eingehend beschäftigen. Referent ist der Stadtverordnete Adolf Ritter. Eintrittskarten sind bei den Vorstandsmittgliedern und im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 8, Hof II, 3. Et., zu haben.

Die gesetzlich zulässigen Abzüge bei der Besteuerung.

Der Erlaß, durch den der preussische Finanzminister tünlichste Verächthigung der jetzigen schweren Zeit bei der Veranlagung und Erhebung der Einkommensteuer angeordnet hat, lautet wörtlich: Daß die infolge des Kriegszustandes zurzeit herrschende Verengung von den Steuerpflichtigen mit geringerem Einkommen besonders schwer empfunden wird, liegt auf der Hand. Wenn gleichwohl auch bei diesen Pflichtigen von den allgemein gültigen Vorschriften des Einkommensteuergesetzes bei der Veranlagung zur Einkommensteuer nicht abgesehen werden darf und insbesondere auch bei ihnen alle Bezüge in Ansatz zu bringen sind, die sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und ihrer möglichen Auslegung durch diesseitige Erlasse und die Rechtsprechung des königlichen Oberverwaltungsgerichtes als steuerpflichtiges Einkommen darstellen, so müssen doch auf der anderen Seite die gesetzlich zulässigen Abzüge vom steuerpflichtigen Einkommen in vollem Umfange und ohne kleinliche Handhabung anerkannt und berücksichtigt werden.

Dies gilt beispielsweise auch von dem Abzuge der Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeugen, Rohmaterialien, Arbeitskleidung usw., welche Arbeiter aus dem ihnen zustehenden Lohne zu bestreiten haben. Auch diese Ausgaben sind vielfach infolge der Preissteigerung der meisten Gegenstände gegen früher nicht unerheblich gewachsen. Inwieweit daher einzelne Veranlagungskommissionen sich früher über gewisse Pauschbeträge, bis zu deren Grenze solche ohne näheren Nachweis zuzulassen sind, schlüssig gemacht haben, werden ihre Beschlüsse einer Nachprüfung bedürfen, bei welcher der eingetretene Erhöhung dieser Ausgaben in entgegenkommender Weise Rechnung zu tragen sein wird.

Besonders fühlbar wird die herrschende Verengung natürlich für Haushaltungsvorstände geringeren Einkommens, welche zahlreiche Kinder zu unterhalten haben. Hier wird zu erwägen sein, ob nicht im Einzelfalle die Veranlagung der Steuerpflichtigen so groß ist, daß sich neben der Berücksichtigung der Kinder gemäß § 19 des Einkommensteuergesetzes noch eine weitere steuerliche Entlastung nach § 20 a. a. O. rechtfertigt. Wenn auch diese doppelte Berücksichtigung der Kinderunterhaltung nach Artikel 30 III der Ausführendenweisung gemeinhin nur in seltenen Ausnahmefällen Platz greifen soll, so ist sie doch gesetzlich nicht ausgeschlossen, und die besonderen Verhältnisse der jetzigen schweren Zeit lassen eine möglichst weitgehende Anwendung der gesetzlich zulässigen Erleichterungen wohl begründet erscheinen.

Schließlich ordnet der Erlaß des Finanzministers an, daß bei der Beitreibung fälliger Steuern jetzt mehr als je mit Würde und Entgegenkommen verfahren werden muß und daß insbesondere auch überall da von der Ermächtigung zur Stundung Gebrauch zu machen ist, wo die Verhältnisse der Pflichtigen es irgend notwendig erscheinen lassen.

Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie.

Dem Ueberwachungsausschuß der Schuhindustrie ist durch gesetzliche Anordnung die Aufsicht über sämtliche Fabrikationsbetriebe übertragen worden. Zur Durchführung dieser Aufsichtsbefugnis ist ihm das Recht eingeräumt worden, Verstöße zu ahnden, die Schuhfabrikanten gegen die gesetzlichen Bestimmungen oder die Anordnungen der mit der Regelung der Schuhwarenherstellung befaßten Kriegsorganisationen sich zuzuschulden kommen lassen.

Der Ueberwachungsausschuß hat von dieser Befugnis trotz seines kurzen Bestehens schon Gebrauch machen müssen. Er hat eine bedeutende Fabrik von dem Gewinn für die Dauer eines Jahres deshalb ausschließen müssen, weil die Fabrik Lebermengen, die sie für Militärschuhwerk bezogen hat, zu anderen Zwecken verwendet hat. Die ausgesprochene Strafe bedeutet für die Firma einen Verlust von ungefähr 60 000 Mark. Weiter wurde ein Fabrikant, der beschlagnahmtes Leder veräußert hat, auf ein Jahr von dem Gewinn ausgeschlossen. Ein weiterer Fabrikant, der Schuhwaren unter Umgehung der Gesellschaft, der er angehört, veräußert hat, wurde für die Dauer eines Jahres von dem Gewinn ausgeschlossen; schließlich wurde eine Fabrik, die die ihr zugeleitete Leberfelle abgibt, auf ein halbes Jahr von dem Gewinn ausgeschlossen. In sämtlichen Fällen wurde außerdem die Strafverfolgungsbehörde mit der Sade befaßt.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ist an Stelle des ausgeschiedenen Justizrats Rastow der Genosse Rechtsanwalt Dr. Hugo Heine mann bestellt und jetzt vom Oberpräsidenten bestätigt worden.

**Brückenbauten.** Eine neue Eisenbahnbrücke soll in nächster Zeit bei Spennitz, und zwar zwischen Spindlersfeld und Adlershof für die im Bau befindliche südliche Berliner Umgebungsbahn errichtet werden. In Verbindung mit dieser Eisenbahnbrücke soll gleichzeitig eine Fußgängerbrücke über die dort recht breite Spreerichtung werden. Eine weitere Brücke für den Fahrverkehr ist bei Treptow geplant. Auch für eine bessere Verbindung mit Straßau schweben schon Verhandlungen.

Ein ungefähr sechsjähriger Knabe wurde in der Nacht zum 25. Juni in Friedenau aufgegriffen. Er gab an, Karl George zu heißen. Ueber seine Eltern und seinen Wohnsitz konnte nichts ermittelt werden. Er gab an, sein Vater sei Arbeiter, sein Lehrer bei Borsberg, sein Vektor Weidemann, und will am 25. August (Jahr unbekannt) geboren sein. Er ist helleidet mit blau und weiß gestreifter Wäsche, dunkelblauer mit kleinen weißen Streifen durchwirkter Kattunhose, weißem Strohhut mit weißem Band und Aufschrift "Seeadler". Der Knabe befindet sich zurzeit in Berlin-Friedenau im Kinderheim St. Michael, Kaiserallee 131.

**Charlottenburg.** Die Charlottenburger Wasserwerke. Anlässlich der in den letzten Tagen durch die Zeitungen gegangenen Mitteilungen über Störungen bei den Charlottenburger Wasserwerken A. B. weist der Magistrat von Charlottenburg darauf hin, daß das Gebiet der Stadt Charlottenburg durch die der Stadtgemeinde Charlottenburg gehörenden Wasserwerke Teufelssee im Grunewald und Jungfernheide bei Fürstendamm mit Wasser versorgt wird. In beiden Werken sind Betriebsstörungen seit Jahren nicht vorgekommen. Die Aktiengesellschaft „Charlottenburger Wasserwerke“, die ihren Sitz in Schöneberg hat und außer Schöneberg und Wilmersdorf eine Reihe Berliner Vororte mit Wasser versorgt, hat mit der Wasserversorgung der Stadt Charlottenburg nichts zu tun.

**Neulohn.** Speisezetteln für Kranke. Die Neuauflage der Speisezetteln für Kranke für die nächsten vier Wochen vom 9. Juli bis 5. August erfolgt in der Zentralstelle für Krankenernährung, Altes Rathaus Erdgeschoss, und zwar im Zimmer 452 die Buchstaben A—C Donnerstag, 5. Juli, D—F und J Freitag, 6. Juli, G und H Sonnabend, 7. Juli, im Zimmer 465 K—Q Donnerstag, 5. Juli, R, S, St und Sch, T Freitag, 6. Juli, U—Z Sonnabend, 7. Juli. werdende Mütter erhalten die Protokollkarten durch die Post zugestellt.

**Steglich.** Marktkontrolle. Daß mit dem Erlaß von Bestimmungen allein nichts erreicht wird, zeigte eine gestern früh durch einen Beamten der Lebensmittelabteilung vorgenommene Revision des Wochenmarktes. Er mußte sich bald überzeugen, daß weder Händler noch Käufer sich um Höchstpreise oder Verkaufsbeschränkungen kümmern. Auf Anordnung des Beamten mußte z. B. ein Händler bundweise verkaufte Wobtrüben zurücknehmen und nach Gewicht verkaufen. Ungeachtet der Vorschriften, daß nur in Höchstmengen von 2 Pfund zu verkaufen, wurden Kirichen und Erdbeeren lödweise und zu höheren Preisen angeboten und gekauft. Auch hier griff der Beamte ein und veranlaßte die Zurückgabe der Obstkörbe und Einzelverkauf in Mengen von 2 Pfund. Dieses energische Vorgehen des Beamten ist nur zu begrüßen, doch sollte dieses Verfahren auf sämtlichen Groß-Berliner Märkten geübt werden, da sonst eine Abwanderung der Händler nach weniger „heißen“ Orten zu befürchten ist.

**Niederhöhenhaus.** Lebensmittel. Eier werden in dieser Woche zwei Stück a 84 Pf. verabsolgt. Für Schwerarbeiter gelangen von heute ab noch einmal zwei Pfund Kartoffeln zur Ausgabe und zwar bei Schmol, Kaiser-Wilhelm-Str. 61, Wetterling, Lindenstr. 30a und bei Hartkopf, Teutonenstr. 17. — Haserflocken für Kinder und Kranke gelangen wieder im Gemeinbeladen (Treslowstraße) zur Ausgabe. Der Preis für Reis beträgt pro Salet 40 Pf. — Die Auszahlung der Mietbeihilfen erfolgt heute und morgen von 9—12 Uhr im Rathaus, Zimmer 20.

### Aus aller Welt.

**Der Mann im Felde — die Familie im Armenhaus?** „Ebedenkender Hausbesitzer“ gesucht.

In Kiel und Umgebung ist die Wohnungsnot so groß, daß der Magistrat von Rendsburg schon durch öffentliche Anzeige Wohnungsgelegenheit für Kriegerfamilien sucht. In einer solchen Anzeige bittet er um eine Wohnung für eine Kriegerfrau mit vier Kindern, die zum 1. Juli ihre Wohnung ausgeben muß, seit Wochen aber vergeblich eine Wohnung von zwei Stuben zu angemessenem Preise sucht. Der Magistrat fordert ebedenkende Hausbesitzer auf, geeignete freie Wohnungen bei ihm anzumelden, damit die Familie vor der Aufnahme im Armenhaus bewahrt werde!

Beim Streikaufruf in St. Louis (Missouri) wurden 15 Regier bei der Flucht aus brennenden Häusern von Weizen getötet. Der Schaden wird auf 3 Millionen Dollar geschätzt. 300 Weize wurden verhaftet.

### Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet für Abonnenten Sündenst. 8. 1. Kol links, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeher für den Briefkasten bestimmten Posten ist ein Fachlade und eine Post als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Wünsche werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Beantwortung beizugelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Gedichtsende und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

**Wartung 13.** Auch den Familien, deren Ernährer im heimischen Ausland zurückgehalten wird, wird Unterstützung gewährt. Voraussetzungen ist, daß Bedürftigkeit vorliegt. Antrag ist bei der zuständigen Steuerbehörde zu stellen. — **W. R. 100.** 1. Wenn der Käufer nicht heimlich vom Verkäufer zurücktritt, können Sie rechtlich nichts unternehmen, um den Kauf rückgängig zu machen. 2. Dazu können Sie nicht gezwungen werden; den Kindern erwacht dadurch kein Recht. 3. Warten Sie den Bescheid beim die Bezahlung des Kaufpreises ab. — **Rückzahl 100.** Rein. — **S. M. 2.** Sie könnten sich an den Landrat wenden. Wir glauben aber nicht, daß Sie für den Vater und die Werke Entschädigung erhalten, vielmehr für den Weizen. — **S. W. 85.** Ja, Ihre Frau kann auf Grund einer von Ihnen ausgestellten Vollmacht die Rente abheben. — **Verloren.** Schadenersatz darf noch verlangt werden, die Papiere dürfen aber dafür nicht einbehalten werden. — **S. 8.** Eine solche Verordnung existiert nicht. — **Paul 26. 21.** Ohne Abkündigung können Sie die Arbeitsstätte nicht wechseln. Haben Sie berechtigt Grund zum Wechseln und wird Ihnen der Arbeitgeber verweigert, so können Sie sich an den Kriegsamtpräsidenten, Vintennstr. 83/85, wenden. — **H. P. Nr. 9.** Soviel und belohnt ist, nicht fragen Sie aber bei der Verwaltung des Stettenerbaues an. — **Leibsch 21.** Anspruch auf Lohn kann die Richte natürlich jetzt schon geltend machen. Wenn ihr die versprochene Summe überhaupt nicht festmonatlich vermehrt ist, ist es doch sehr unklar, ob sie sie je erhält. — **S. R. 9.** Der Wert war verpfändet, in diesem Falle die Kündigung können kritischer zugewenden. Teilen Sie ihm mit, daß die Kündigung für Sie nicht gültig ist. — **300 P.** 1. Anspruch besteht auf die Zulagen nicht. 2. Sie haben kein Recht, Abzeichen eines aktiven Wehrmannes zu tragen, Sie müssen doch die Uniform tragen, die Ihnen zugewiesen wird. — **S. J.** Wann Graf W. seine Strafe antreten wird und ob er hoffen darf, sie in Stellungsbahn verwandelt zu sehen, wissen wir nicht. — **H. Z. 22.** 1. Klubbau, Ökum. 2. Wenn keine Reichstagsabstimmung jeden Radikalität 3 Uhr. — **H. J. 105.** Auf Zeitungen bis 1000 R. werden nur Entlohnungen aufgestellt, wie Sie eine erhalten haben; die endgültigen Schuldverrechnungen der letzten Kriegsjahre dürfen vermutlich nicht vor November erscheinen. Jedoch Bezahlung oder Verkauf müssen Sie sich unter Vorlage der Quittung an das Postamt oder, wenn dieses Schwierigkeiten machen sollte, an die Reichsbank wenden, mit der Bitte, die Zeichnung an eine von Ihnen namhaft zu machende Bank zu überweisen, die dann auf die Zeichnung Leihgeld gewährt oder ihren Verkauf vornimmt. Verlust dürfte Ihnen nicht erwachsen.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag.** Blass mäßig; im Nordwesten meist geringe, im Süden und Osten etwas stärkere Regenfälle; frühweiche Gewitter; am Tage mäßig warm.

## Bezirksorganisation Groß-Berlin (Sozialdemokratische Partei Deutschlands).

Heute, Donnerstag, den 5. Juli 1917, abends 8 Uhr:

### Versammlung

im „Lehrer-Vereinshaus“, Alexanderstr. 41.

Tagesordnung:

## Die Kohlenversorgung im kommenden Winter.

Referent: Stadtverordneter Adolf Ritter.

Zur Deckung der Unkosten findet Tellerfassung statt!

Eintrittskarten sind bei den Vorstandsmitgliedern und im Bezirkssekretariat, Lindenstr. 3, Hof II, 3 Treppen, zu haben. Telefon: Amt Vorplatz 364. Der Bezirksvorstand.

### Bekanntmachung.

Von heute Donnerstag, 5. Juli, ab wird der Aufenthalt des Schweißers D 36 Berlin (ab 5<sup>1/2</sup>) — Weichenfels-Bad Riffingen in Ludenwalde (an 8<sup>1/2</sup>, ab 8<sup>1/2</sup>) aufgehoben und in Wittberg an 9<sup>1/2</sup>, ab 9<sup>1/2</sup> neu vorgegeben. 262/8

### Allgemeine Ortskrankenkasse Spandau.

### Bekanntmachung.

Vom 9. Juli dieses Jahres ab befinden sich unsere Geschäftsräume nicht mehr Breits Straße Nr. 69, sondern Rosentiering Nr. 176.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß wegen Umzug die Kasse am Sonnabend, den 7. Juli 1917, geschlossen bleibt. Krankengelder und sonstige Zahlungen, die am 7. Juli 1917 fällig sind, werden deshalb bereits am Freitag, den 6. Juli 1917, noch in den alten Geschäftsräumen ausgezahlt. Mitglieder, die sich am Sonnabend, den 7. Juli 1917, zum Arzt begeben wollen, haben dies unter Vorlegung ihrer Mitgliedskarte beim Arzt zu tun und den von dem Arzt Kontrollierten für den Arzt am Montag, den 9. Juli 1917, in den neuen Geschäftsräumen nachzubringen. 278/8

### Der Vorstand.

A. Ritter, Vorsitzender.

## Zigaretten

direkt von der Fabrik zu Originalpreisen  
100 Zig. Kleinverkauf 1,8 Pf. 1,50  
100 - - - - - 3 - 2,30  
beide Sorten mit Heilmundstück.  
100 Zig. ohne M. Kleinv. 3 Pf. 2,50  
100 - Golders. - 3 - 2,60  
100 - - - - - 4,2 - 3,20  
100 - Gold - 6,2 - 4,50  
Versand nur gegen Nachnahme von 300 Stück an.

**Goldenes Haus Zigarettenfabrik**  
G. b. m. H.  
Berlin NW 7, Friedrichstr. 89,  
Fernspr. Zentrum 7437,  
und Artilleriestr. 16.

### In Freien Stunden.

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Gro ßt 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 2, 68, Lindenstraße 2

### Nebenerwerb durch Postkartenverkauf

100 Stck. von 1,50 M. an, 100 sortierte Landschaften, patriot. Goldglanz, Geburtstags-, Künstler-, Liebes-Kopfk. usw. 2,60 M. 100 wunderbare Künstlerkarten 3,50 und 5,50 M. 90 Stck. oder 15 reizende Liebessortien in Chromobrom 2,80 M. (5—20 Pf.-Verkauf). Nachbesteller erhält prakt. Buch über allerlei Nebenerwerb im Werte von 3 M. gratis. Viele Anerkennungen. 100 Briefmappen 5/5 M. 9.—, 50 Leinenmappen M. 6,50, mit Seidenfütterungsmätschlägen M. 8.—, Nachnahme oder Vorinsendung. P. Wagenknecht-Verlag, Leipzig 45.

### Beschlagnahmefreie Mengen gebräuchter Sektorken Weinkorken

26 Pf. das Stck 4 Pf.

### Zelluloid-Film-Guttapercha-Hartgummi-Wachswalzen-Schallplatten

Ordower G. m. b. H.  
Georgenföhrstr. 50,  
b. Alexanderplatz  
9—12, 3—6 Uhr.  
54/8\*

**Westmann's Trauermagazin**  
Größte Auswahl.  
Billigste Preise.  
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)  
II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
Auswahlendungen sofort.  
Amt Zentrum 7990.  
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

### Spezial-Arzt Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90

Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid., (spez. chron. Fälle. Ehrlich-Data-Kuren, Schmerzlose, fürzeite Behandlung ohne Berufsberatung. Blutuntersuchung. Wäg. Breite. Zeitgebüh. Sprechstunden 10—1 und 5—8, Sonnt. 11—1.  
Reichels Magenpfeifen  
Seit 25 Jahren erfolgreich erprobt u. berühmt durch ihre große Wirkung bei allen Magenbeschwerden. Versand b. Nachnahme. Gilt nur mit Marke „Medico“. So nicht erhältlich, durch Otto Reichel, Berlin 43, Eidenbahnstr. 4.

### Gastwirte in Ausflugsorten empfehlen ihre Lokale der Arbeiterschaft am besten durch eine Anzeige im Vorwärts. Hauptredaktion: Berlin SW. 68, Lindenstr. 3 • Filialredaktionen in allen Stadtteilen.

## Bekanntmachung. Griech, Haferflocken, Hafergrübe oder Hafermehl, und lose Suppen.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:  
I. Auf Abschnitt Nr. 85 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm Griech.  
II. Auf Abschnitt Nr. 86 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm Haferflocken, Hafergrübe oder Hafermehl.  
III. Auf Abschnitt Nr. 87 der Lebensmittelkarte entfallen 100 Gramm lose Suppen.  
IV. Der Kleinhandelspreis beträgt:  
für 1 Pfund Weizenmehl 0,28 M.  
1 Haferflocken, Hafergrübe oder Hafermehl 0,44  
1 lose Suppen 0,92  
V. Die Abschnitte Nr. 85, 86 und 87 sind in den durch ein Aushängeschild  
„Verkauf von Griech (Leigwaren) auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbekundigungen abzugeben, und zwar in der Zeit vom Freitag, den 6., bis einschließlich Montag, den 9. Juli 1917.  
Nachträgliche Annahme findet nicht statt.

VI. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte in der bisher vorgezeichneten Weise an ihren Großhändler abzugeben, und zwar am Dienstag, den 10. Juli 1917.  
VII. Die Ware wird dann in der üblichen Zeit bei den Kleinhandelsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbekundigungen zur Verfügung stehen.  
VIII. Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Aushängeschild (siehe zu V) angebracht ist. Geschäften, die nicht im Besitze des Aushängeschildes sind, ist die Annahme der Kartenabschnitte untersagt.  
Berlin, den 4. Juli 1917.

Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt.  
Tgh.-Nr. 69 Br. 5. Abteilung für Brotversorgung. 2138

Zähne mit u. ohne Platte, mit acht Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Pfömben, Umarbeitung schlechtlts. Gebisse, Reparatur, 101 Zahnziehen i. Betäubung. Billige Preise, auch Teilzahl. Tel. Nord 10438. Persönl. nur Rosenthalerstr. 69-70 am Platz von 9-7. 2. spruch. Sonntags 10—12

## Für die Reise !!!

<b>Seldenmäntel,</b> imprägniert, festgemacht, gezeichnet, Prachtfarben, flotte Aufmachungen in glatter Seide, grün, blau kariert, Schotlnd, regradiert 165, 140, 120, 75, 55 Eollens- und Taffetmäntel, schwarz und farbig 150, 100, 75, 45	<b>Gummimäntel,</b> teils Friedensgummierung, wundervolle Qualitäten in blau, grün, mode, federleicht, Seide, Kaschmir usw. mit passenden Regenhüten, praktische Formen 150, 120, 90, 75, 65, 55	<b>Kostüme,</b> Prima Stoffe, bester Kämmgarn, Tuch, Seide, darunter Original-Modelle 800, 550, 300, 150, 75 Seiden-Bast- und Kollens-Kostüme mit türkischen und bulgarischen Seidenbesten 125, 100, 75, 65 Leinwand-Kostüme 60, 45, 25
--	---	--

Covercoatsmäntel, lang und kurz glatte, schlichte, auch Gieckesformen, 125, 100, 75, 65,—  
Sport-Jacken, Phantasia 55, 35, 15,—, Röcke in Seide, Wolle, Phantasiestoffen.

<b>Fellmäntel</b> Flotte Modelle aus echten, guten Fellen, lang u. halblang 1000, 1300, 800, 500,— Halblange Phantasia-Fellmäntel 375,—	<b>Fischmäntel</b> Seal-Fisch, Astrachan, Veleur du Nord, reizende Modelle 800, 375, 200, 150,—	<b>Ulster</b> teils aus Friedensstoffen, mollige Qualitäten, mit Fellbesten, auch glist 200, 150, 100, 75,— einzelne Stücke 60,—, 55,—
---	--	--

Passendes für stärkste Figuren.

## Westmann

I. Geschält: Berlin W, Monrestr. 7/a.  
II. Geschält: Berlin NO, Große Frankfurter Str. 116  
Sonntags geöffnet 8—10 Uhr.

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

### Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Autoführer  
**Paul Kernchen**  
am 1. Juli im Alter von 48 Jahren verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Strehobes, Wollanstr. 68, aus statt.  
**Nachruf.**  
Den Angehörigen lemer zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer  
**Richard Zander**  
am 21. Juni im Alter von 19 Jahren verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
6/9 Die Bezirksverwaltung.

### Deutscher Buchbinderverband.

(Zahlstells Berlin.)  
Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Buchbinder  
**Joseph Kadlubowski**  
nach langem Leiden verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Friedhof der Gemeinde „Friedhöfe, Rindendörfer Weg, statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
26/11 Die Ortsverwaltung.

Karl Vogt.

Zu seinem hundertsten Geburtstag, 5. Juli.

Als „Affen-Vogt“ war Karl Vogt seinerzeit bekannt und bei seinen Gegnern verhasst. Er hatte sich diesen Beinamen durch Uebersetzungen zugezogen, zu denen seine „vulkanische Kampfnatur“, wie Carus Sterne einmal gesagt hat, sich in dem Verberkelpf für die Lehre Darwins hatte hinreichend lassen.

Vogt war der Sohn eines bedeutenden Professors der Giechener Universität und der Kette der beiden freiherrlich gerichteten Familien. Er wuchs in einer demokratischen Atmosphäre auf. Als Student geriet er fälschlich in den Verdacht, ein Demagoge zu sein, wurde aber, freies und sein Studium in Bern fortsetzen, wo sein Vater einen Lehrtstuhl übernommen hatte, als man ihn in Gießen seines Amtes entsetzte hatte.

Das Jahr 1848 aber unterbrach seine wissenschaftliche Tätigkeit. Vogt wurde Oberst der Giechener Bürgergarde, Mitglied der Nationalversammlung, ging mit dem Rumpfparlament nach Stuttgart, ließ sich in die Reichsregentschaft wählen und verlor darüber natürlich sein Amt. Wieder hob er nach Bern — dieses Mal mit gutem Grund —, und seinen Anmut lobte er nicht in politischen, sondern in zoologischen Schriften aus, indem er beispielsweise höchst merkwürdige Vergleichspunkte zwischen den Tanten der Menschen und den staatenbildenden Tieren des Meereswassers hervorhob, mit denen er sich bei seinen Reisen ans Mittelmeer beschäftigte.

Zu den merkwürdigen Widersprüchen seines Lebens gehört die Sonderstellung, die er schließlich als Darwinist einnahm: obwohl er selbst vor den kühnsten Folgerungen der Lehre nicht zurückredete, bekämpfte und bezweifelte er dennoch Hare, entwicklungsgeschichtliche Tatsachen! Die wissenschaftlichen Arbeiten, die er teils in streng sachlicher, teils in glücklicher volkstümlicher Form veröffentlicht hat, sind außerordentlich zahlreich; jede seiner vielen Reisen — er hat das Nordkap und Island, Alger und die Mittelmeerküste aufgesucht — lieferte ihm neue Ausbeute, und er beschränkte sich auch nicht auf sein Fach. So hat er beispielsweise eine treffliche Uebersetzung von Brillat-Savarins berühmtem Buch über die Kochkunst verfaßt. Die letzte Arbeit, die Vogt geschrieben hat, ist der Text

zu einem großen Bilderwerke über Fische; als er sie übernahm, sagte er: „Mit den Fischen habe ich angefangen, mit den Fischen werde ich auch endigen.“ Bis in die letzten Lebensjahre hinein war der „Affenvogt“ rüstig, urkräftig und arbeitsfröh. Im Alter — er starb 1895 in Genf — hat Vogt seine Lebenserinnerungen niedergeschrieben, ein Werk, das sehr unterhaltsam ist und namentlich die Giechener Gelehrten köstlich schildert. Leider aber umfaßt es nur die Jugendjahre und bricht mit der Trennung von Agassiz ab.

Als Politiker hat Karl Vogt alle die typischen Züge des Kleinbürgerlichen Demokraten von 1848. Ihm fehlt der klare Blick für die Verhältnisse, er macht alle die Halbheiten und Inkonsistenzen seiner Klasse mit. Ja, er dilettiert bedenkenlos und wird, da er sich für eine unfehlbare Autorität hält, schließlich das Opfer bonapartistischer Nachenschaften.

In den unersetzlichen Auseinandersetzungen der fünfziger Jahre greift er — eingeklemmt zwischen den Reaktionen, die ihn als Reichserräter denunzierten, und der unerbittlichen Kritik der weiter und tiefer blühenden Marx und Engels — zu ganz niedrigen und hallofen Verdächtigungen seiner sozialistischen Gegner. Karl Marx hat ein fürchtbares Strafgericht über ihn in seiner Schrift „Der Vogt“ ausgeübt, die über die Wirren, Schwächen und Intrigen der Flüchtigkeitsfreie, über die Skrupellosigkeiten der Realpolitiker vom Schlage Vogts und die Volkswirtschaft helles Licht verbreitet. Aber man wird Vogt die „mildernden Umstände“ nicht versagen, daß er persönlich und als Mann der Bürgerlichkeit kein Talent zu einer ernsten Politik hatte.

Auch als Philosoph ist dieser berühmte Vertreter des Materialismus, aus dem die Reaktionen sich für ihre Gängelwerke einen Rindschreck machten, nicht zu halten. Er hat sorglos und mit einer bewundernswürdigen Unbedürftigkeit die Probleme gar nicht gesehen, die er im letzten Anlauf übersprang. Auch darin ist er der typische Vertreter der Zeit, die, trotz all ihrer großen naturwissenschaftlichen Errungenschaften, nun über alle Philosophie zur Tagesordnung übergeht und nicht sehen will, daß alle Weltanschauung nomengebiger Ausdruck gesellschaftlicher Verhältnisse ist. Freilich, wo er den bornierten Köhlerglauben zerhackt, da ist er glänzlich im wipigen Jupon und da räumt er Koderferbrist gründlich aus. Aber wenn er nun seinen naiven Materialismus aufstellt, ahnt er nicht einmal, daß er damit selber zu philosophieren anfängt und doch ihm dazu das Nützige abgeht. Der große Nauch sieghafter Zuversicht, der auch noch in Haedel weitergärt, treibt ihn über die Grenzen des wirklich Erreichbaren weit hinaus. Er glaubt überall das Ende fest in der Hand zu haben, wo wir heute noch vielfach am Anfang stehen.

Diese Einsicht soll und kann uns aber nicht abhalten, uns des Forschers und vor allem des volkstümlichen Schriftstellers auch heute noch zu freuen. Wilhelm Bölsche, der hier wie kein zweiter berufen ist, jedoch verständlich mitzuspochen, hat bereits vor Jahren die Dauerwirkung Vogts rühmend hervorgehoben. „Man wird nur doppelt die Kraft und Herrlichkeit jenes Forschungsmaterials bewundern, das selbst durch die Tünche eines so mangelhaft gebildeten Philosophen nicht in seinem Glanze verhäßt werden konnte und das sich selbst so seine große Mission hinsichtlich eines wirklichen Fortschritts in der Weltanschauung bewahrt hat.“ Bölsche findet, daß er vielleicht von allen bedeutenden Naturforschern seiner Zeit den leichtesten, graziösesten Stil schrieb. Die populären Schriften Vogts — vor allen die in dem Sammelbände „Altes und Neues aus Tier- und Menschenleben“, darunter vorzüglich „Tierstaaten“ und „Ozean und Mittelmeer“ — sollten auch heute noch eifrig gelesen werden. Es ist echter naturwissenschaftlicher Geist darin. Sie sind mit Lust und Liebe geschrieben, kein bloßer Abfaß; und sie führen wirklich in die Dinge ein; sie zeigen den Forscher an der Arbeit, sie zeigen die Probleme in lebendigem Fluß und sind ohne überflüssige Schmückerei von durchsichtiger Klarheit. Der volkstümliche Humor schießt dabei belächelnd und erheitend überall in die Blüte. Wo Karl Vogt wirklich zu Hause ist, da ist er auch gründlich und solide. Bölsche kann wohl von ihm behaupten: „Kaum ein zweiter Naturforscher wäre im ganzen 19. Jahrhundert zu nennen, der so sicher und mit allen Mitteln geschärft das Bild des eisernen Forschers herauszubringen wußte, wie Vogt. Ein Ziel vor Augen — und nun drauf los. Unerbittlich der Forscher wie seine Naturgesetze, die er erforscht.“

Karl Vogt hat in diesem eine glückliche Hand gehabt. Er hat Forschungen begonnen, die eine Zukunft hatten: die bis dahin so wenig bekannte niedere Tierwelt der Meere, die Tiefseeeinheiten, die Arbeitsweise der zoologischen Stationen zählen ihn unter ihren Pionieren. Mit besonderem Eifer hat er später die

Kaufteine über die Entwicklung der Menschheit gesammelt und hat die „Zwischenstationen“ zwischen Menschen und Affen nachgespürt, die er auch in den Heintöpfigen Ibioten fand. Es ist eine späte Anerkennung, daß die von ihm in seinen Vorlesungen über den Menschen ausgesprochene Ansicht von einer mehrfachen Abkammung der Menschennarten (aus verschiedenen offenerartigen Vorkläffern) neuerdings durch Haeckel die kräftigste Stütze gefunden hat.

Verlorenes deutsches Sprachgut.

Das Niederländische, worunter die näherverwandte holländische und flämische Sprache gemeinsam zu verstehen ist, liefert dank seinem engen Verwandtschafts- und Austauschverhältnis zur deutschen Sprache auch für deren Geschichte mannigfache wertvolle Aufschlüsse. In einem lehrreichen Aufsätze „Deutsch und Niederländisch“, den Gustav Bender in der beim Inselverlage zu Leipzig erscheinenden Monatschrift „Der Volkstempel“ soeben veröffentlicht, macht der Verfasser darauf aufmerksam, daß im Niederländischen noch gar manches Wort erhalten ist, das bei uns in der Schriftsprache längst verklungen ist oder doch nur dichterisch gebraucht wird.

Da ist vor allem „oorlog“ zu nennen, das uralte germanische Wort, neben dem „Krieg“ sich kaum lehren lassen kann; „lei“ — Schiefer ist bei uns nur am Rhein noch bekannt und kommt in den Namen Leim, Leim, Leimender, von der Lehen, Lorelei vor. Während „siech“ bei uns am Aussterben ist, steht „ziel“ in aller Mitle. „Oheim“ magt sich leider nur noch schwächert hervor, und „Oim“ hat wohl gar einen lächerlichen Beigeschmack; im Niederländischen aber ist „oom“ gebräuchlich, wogegen freilich die „moer“ (Ruhme) vor der welschen „tante“ die Segel streicht. Unser „Leiknam“ ist in seiner Urbedeutung durch das aus dem Lateinischen stammende „Körper“ ganz verdrängt und wird nur noch für den toten Leib gebraucht, wogegen sich im Niederländischen „lichaam“ voll behauptet hat, und zwar sowohl für sich selbst als auch in Zusammenfügung; so hat das Niederländische für das Fremdwort „Konstitution“ das kräftige Eigenwort „lichaamsgestel“ und „Staatskörper“ heißt „staatslichaam“. „Winkel“ für Boden ist im Niederländischen noch im vollen Gebrauch, indes bei uns die vielen „Winkler“ an sein eifriges Vorhandensein erinnern. Auch der „woensdag“ ist erhalten, während unser „Wobanstag“ dem „Mittwoch“ hat weichen müssen. Solcher Bestandteile alten deutschen Sprachgutes, die bei uns mehr oder weniger in Verlust geraten, im Niederländischen aber erhalten sind, gibt es noch eine ganze Reihe. Das altdeutsche Wort „aure“ — lebendig — ist bei uns allenfalls noch in dem Strichweise gebrauchten Worte „quid“ erhalten; der Holländer hat aber noch das Wort „tweeten“ — züchten. In „lenen“ — entwöhnen — erkennt man ein altes deutsches Wort wieder, das noch in „Spanferkel“ anhängt, und „veeg“ — Dieb — bewahrt ein Wort, das in unserm „Ohrfeige“ wiederkehrt. Die Hochzeit heißt im Niederländischen noch „bruidloft“ (Brautlauf), und der Verwandte „mang“. Während unser altes schönes „traum“ jetzt längst durch das blaße „natürlich“ verdrängt worden ist, braucht der Niederländer dafür noch sein „trouwen“, und das Geschlecht heißt bei ihm „konne“, worin wir unser Wort „König“ wiedererkennen.

Notizen.

— Adolf Wagners Lehrstuhl, der durch den Rücktritt des im 83. Lebensjahre stehenden Gelehrten frei geworden ist, ist in doppelter Form neu besetzt worden. Werner E. Schumacher und Hermann Schumacher sind berufen, die Lücke auszufüllen. Schumacher wird voraussichtlich die wirtschaftstheoretischen und geschichtlichen Fächer, Handelspolitik und Finanzwissenschaft lehren. Er ist also auf dem Umwege über die Handelshochschule nun doch an die Berliner Universität, die ihn früher nicht haben wollte oder konnte, gelangt. Hoffentlich findet er nun auch den Weg zu den vielversprechenden früheren Arbeiten zurück von den geistreichen, aber problematischen und vielfach kontrahierten Versuchen, die ihn die letzten Jahre beschäftigten. Schumacher, der zurzeit Professor in Bonn ist, ist in verschiedenen Reichsämtern tätig gewesen, war auch als Ausschussprofessor in Amerika und hat sich besonders mit weltwirtschaftlichen und Verkehrs- und Geldfragen beschäftigt.

— 61 neue Tierformen. Die aus Reichsmitteln unterstützte Tiefsee-Expedition hat, wie aus einem Bericht an den Reichstag hervorgeht, eine für die Wissenschaft sehr erfrischende Tätigkeit entfaltet. Denn unter den von der Expedition bearbeiteten 150 Arten von Tieren befanden sich nicht weniger als 61 neue, die zum Teil sehr eigenartige Formen aufwiesen. Die Anatomie und die Entwicklungsgeschichte konnte um wichtige Ergebnisse bereichert werden.

Der starke Mann.

Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Jig.

Fünftes Kapitel.

Am Fenster ihrer Kammer, hinter Geranien halb verdeckt, stand Gertrud Gnuir, nunmehr als junge Herrin des „Frohnsinn“, kaum fähig, die blendende Schönheit der aufstrebenden Welt vor ihren Augen zu erfassen und zu ertragen. Auf viele frostige Maitage, dunkel hinbrausende Frühlingstürme, die bald Schneeflocken, bald einen melancholischen Blütenregen über alle Wege wirbelten, war nun das erste hellauslachende Kind des Sommers gekommen, mit triumphierendem Licht und beseligender Wärme. Kein Firnisschnee schimmerte so rein und weiß wie die Flügel der Röven, die scheinbar emporgezogen von den Strahlen, ihren Flug höher nahmen; die Bersten hatten das sommerliche Geschwader entsendet; auf den Verdachts der bewimpelten Schiffe tummelte sich schon der Vorwitz des reisenden Völkchens mit wehenden Schleiern, das Fernrohr vor den bezauberten Augen. Ueber den dichten Obstwald der Ebene hinweg konnte die Beschauerin gerade noch einen Streifen des Sees erfassen, ein schmales, blaues, sehnuchterwedendes Band; von der Stadt ragte nur da und dort ein Giebel oder Turm — der breitbeinige des Doms und der schlante spitze von St. Laurenzen — aus dem unabsehbaren Blätterdach hervor. Der Dreitannenhof mitten auf dem Kobühl, winkte den Fremden mit rotweiger Flagge Willkommen zu. Aber ehe die Schiffe in die Treusünder Bucht einlenkten, fand er selten Beachtung; denn hinter der grünen Hügelkette lockte unwiderstehlich der ewige Schnee des Silberhorns, zu dessen Füßen dem wandernden Reichtum gar prächtige Villen und Paläste aufgebaut waren. Ja, nun wachte sie wieder auf, die Reiselust, und wehe denen, die ihr Leben hinter Schranken und Mauern verbringen mußten! Jedes Segel, das Staubwölklein hinter einem Kraftwagen und der Vogel Flug hoch im Blauen, entführten die darbenende Seele mellenweit, und der gefesselte Leib blieb zurück, dumpf und schwer mit starrem Blick und offenem Munde.

Ungeachtet der Familientrauer suchte Fräulein Gertrud alles Schöne, was Schrank und Kommode enthielten, hervor: das spinnwebzarte Battistkleid, kaum eine rechtschaffene Hand voll, so daß die kräftige Jungfer selber kaum, wie schlang sie darin

aussah. Dazu ein Rosenhut und nagelneue Spangenschuhe zu feingewobenen weißen Strümpfen. Mit freudebebenden Händen ergriff sie die liebliche Last ihrer dunkelblonden Haare und band die langen Strähnen zu einem stattlichen Kranz. Dann zog sie den heimlich erworbenen Staat an, mit dem sie sich gut und gern neben die besten Treusünderinnen stellen wollte. Ein ganz besonderer Tag war es nun doch einmal, einer, der ihr Herz mit bangen Erwartungen gleichsam unter Wasser setzte und seine Hand bestimmend über viele Nachfolger ausstreckte. Fast zwang es die Hoffende auf die Knie, um zu beten, daß er gut anfangen und noch besser enden möge. Aber die längere Andacht verrichtete sie immerhin vor dem Spiegel. O, sie wußte nur zu gut, wieviel Sorgfalt sie gerade da aufbieten mußte, um ein wenig dem Manne zu gefallen, den sie schon als Schulmädchen abgöttisch geliebt hatte! Es genügte nicht, daß sie gelinde in sich selbst verschossen war — in ihre Fülle, Rotwangigkeit und männliche Stärke. Indem sie ihre schaffigen Hände in die Hüften stemmte, verbergte sie sich keineswegs deren auffallende Breite, noch den allzu stattlichen Busen, den kurzen Hals, die wichtigen Beine und Fesseln. Dennoch — sie fühlte es und konnte sich darin unmöglich täuschen: auch sie hatte einen Schimmer Schönheit empfangen und übte selbst auf ihn, der sich gegen sie wehrte, eine täglich wachsende Anziehungskraft aus. Nein, sie war in diesen Wochen, die Adolf Lenggenhager notgedrungen zu Hause verbrachte, wahrlich nicht müßig gewesen. Nicht nur ihre Hausfrauentugenden, auch andere weibliche Gnaben hatte sie vor seiner aschgrauen Seele leuchten lassen, und dafür schon manches gute Wort, manchen warmen Blick von ihm empfangen. Nun gar am heutigen Tage . . . wo sie zum erstenmal an seiner Seite in die große Welt hinaustraten sollte! Lieber Himmel, wenn nur nichts dazwischen kam! Sie blickte öfters besorgt nach dem Nied hinunter oder die Straße auf und nieder. Schon vor einer Stunde war der Herr Oberleutnant aufgestanden und fortgelaufen. Warum so früh? Sicher hatte ihn nicht das gute Wetter fortgetrieben, sondern der unablässig nagende, Schlaf und Lebenskraft aufzehrende Kummer über die gewaltige Veränderung seines Daseins.

In Haus und Hof war es noch feiertäglich still; nur nebenan, in der Ackermannschen Kostgeberei, sahen einige Gesellen bereits beim Frühstück. Gertrud vernahm den edlen Bettstreit der Löffel in der Schöpfelkröste, und die Stimme

des Berliners, der sich wieder einmal beklagte: „Mudder, tun Se mit den einzichten Zefallen und jehn Se'n bisten sparsamer mit'n Kimmel um, der wimmelt ja wieder von die ecklichen Wirmer!“ Die Ackermannin, eine wahre Vogelgeschuche von sorgloser Höflichkeit, schüttelte sich vor Lachen: „D du verfluchter Cholderi, wenn du denkst ich werde dir äpfelscheln und eierstäscheln für deine paar Rappen — da kannst du lange warten!“ Beim Miststoch hinter der Scheune bemerkte das Mädchen den jungen Ackermann, der mit großem Eifer die Stichelgabel handhabte, um Würmer zu suchen, sowie den Schreiner Kurt, der zu gleichem Zweck sein Angelzeug in Ordnung brachte. „Jetzt, do quä naa! Heiligsfreidonnerwetter!“ schimpfte der quersöpfige Schwabe, das Ende des Fadens enttäuscht durch die Hand ziehend. „Gell, han i's net sagt? Kot Haagga, loi Koffhar meh dra. Do schlag doch glei der Deifel net. Dees isch wieder emol der Saupreiß gwea, i laß mi aufhänga! 's heit net umajonsi: stehla wie'n Preis! Sie hend drum a die grefasta Judheifer!“ Der frühen Stunde, des herrlichen Tages ungeachtet, schrie der Lämmel aus Leibesträften und warf mit den unflätigsten Flüchen um sich. Aber die in der Stube lachten ihn bloß aus. Dazu schnatterten die Enten im Teich, ein Truthahn kollerte im Hof und auch Thras erhob schließlich seine Stimme in dem unbegreiflichen Lärm.

Adolf Lenggenhager lag, zum Baden bereit, neben dem kleinen Blochhäuschen am See, das er selbst vor Jahren mit seinen Gefellen erbaut hatte. Auch er sah die neugeborene Welt mit bebender Seele an. Aber sie ließ seine Augen nicht aufleuchten. Er gewahrte wohl das gute Mädchen am Fenster, das nur noch nach ihm Ausschau hielt und allein sein Wohl im Herzen trug; er beobachtete nicht minder bewegt den verbitterten Alten, der in Hemd und Hosen zum Brunnen humpelte, wo er sich trotz seiner Beschwerden jeden Morgen bei Regen und Sonnenschein zu waschen pflegte. Allen Einwendungen seiner Angehörigen, diese Bauernmanier schide sich nicht für ihn, den Herrn Gemeinderat, stellte der Viehhändler die kühne Behauptung entgegen, daß es schon die Urahnen Abraham, Isak und Jakob so gemacht hätten, und daß er, um recht von Grund auf wasch zu werden, gleich nach dem Aufstehen einen herzhaften Schluß quellfrischen Wassers trinken und dazu einen „um und um“ auf sein Hab und Gut werfen müsse.

(Fortf. folgt.)

Verkäufe

Zaichenbuch für Gartenfreunde. Ein Malgeber für die Pflege und laogemeine Bewirtschaftung des hässlichen...

Vierwägen, Klappportwagen, Holzräder, alle Reparaturen an Gärtenwagen, Korbmacher Weidlich...

Wortbuch. Die hiesige Buchführung. Ein Buch über gesundheitsmäßige Lebensführung...

Leopold-Domas, Drahtzieher. 41 hochtragbare herstellbare Teppiche, Gardinen, Vorhangstoffe...

Tagebuch einer Verlorenen. Von einer Toten. Herausgegeben von W. Böhm. Preis gebunden...

Leihhaus Warkauerstraße 7. Belgarnituren! Neue Herrengarderobe...

Handbuch der Dreherei. Universal-Handbuch der Dreherei. 1. Teil. 455 Abbildungen...

Krankeuhle, Selbstfahrer, Reifen aus Stahl, Schmalenberg, Vogelbergerstraße 16.

Wollstoffe. Prof. Dr. R. Kriegel-Lippelt. Ein Ausflugsbuch zum Acker und zur Natur...

Wollstoffe, junger, zu verkaufen. Bernauerstraße 47, Baderstr. 127.

Protector, modern, 12. Kofium 35. Sommerkleider, Seidenschleier...

20 Stück-Garnituren, große, schön modern, weiß Sommer, 250 Mark...

Für Wanderfahrten empfehlen wir eine Anzahl Wanderkarten zu herabgesetzten Preisen...

Geschäftsverkaufe

Eisenwarengeschäft umständlicher veräußert. Anfragen Reichner, Schneidmeyerstraße 31...

Wegen Einberufung Gemüsegeschäft billig zu verkaufen. Biera 1600 eingetragene Stunden...

Möbel

Moebel-Verkauf, Rottbuserstr. 58. Kabinettgebäude, Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen...

Chaiselongues, 60., Tischstühle 160., Tapezierer Walter, Star garberstraße 18.

Musikinstrumente

Pianos, billige Gelegenheiten, 250,00 aufwärts, Wähne, Spezialität: Flügel, Klaviers...

Violinverkauf, Gramms bis 7,50. (ebenfalls Ankauf alter Instrumente...

Wellen, Spiralschneider, Werkzeuge, Stahl, laut Metallverkauf Hermann...

Schallplatten, abgeplattete, sowie auch eigene, laut und lauscht jedes...

Platinenverkauf, Gramms bis 7,50. (ebenfalls Ankauf alter Instrumente...

Wollstoffe, junger, zu verkaufen. Bernauerstraße 47, Baderstr. 127.

Protector, modern, 12. Kofium 35. Sommerkleider, Seidenschleier...

20 Stück-Garnituren, große, schön modern, weiß Sommer, 250 Mark...

Für Wanderfahrten empfehlen wir eine Anzahl Wanderkarten zu herabgesetzten Preisen...

Wollstoffe

Wollstoffe, junger, zu verkaufen. Bernauerstraße 47, Baderstr. 127.

Protector, modern, 12. Kofium 35. Sommerkleider, Seidenschleier...

20 Stück-Garnituren, große, schön modern, weiß Sommer, 250 Mark...

Für Wanderfahrten empfehlen wir eine Anzahl Wanderkarten zu herabgesetzten Preisen...

Wollstoffe

Wollstoffe, junger, zu verkaufen. Bernauerstraße 47, Baderstr. 127.

Protector, modern, 12. Kofium 35. Sommerkleider, Seidenschleier...

20 Stück-Garnituren, große, schön modern, weiß Sommer, 250 Mark...

Für Wanderfahrten empfehlen wir eine Anzahl Wanderkarten zu herabgesetzten Preisen...

Wollstoffe

Wollstoffe, junger, zu verkaufen. Bernauerstraße 47, Baderstr. 127.

Protector, modern, 12. Kofium 35. Sommerkleider, Seidenschleier...

20 Stück-Garnituren, große, schön modern, weiß Sommer, 250 Mark...

Für Wanderfahrten empfehlen wir eine Anzahl Wanderkarten zu herabgesetzten Preisen...

Wollstoffe

Wollstoffe, junger, zu verkaufen. Bernauerstraße 47, Baderstr. 127.

Protector, modern, 12. Kofium 35. Sommerkleider, Seidenschleier...

20 Stück-Garnituren, große, schön modern, weiß Sommer, 250 Mark...

Für Wanderfahrten empfehlen wir eine Anzahl Wanderkarten zu herabgesetzten Preisen...

Maschinenmeister

Wir suchen für sofort 11718 für unsere große Dieselmotoranlage mit Umformer und Batterie...

Schlosser, Klempner, Tischler, Bootsbauer, Werkzeugmacher, Maschinenarbeiter

„Albatros“, Gesellschaft f. Flugzeugunternehmungen m. b. H. Abt. Wasserflugzeuge und Reparaturwerkstatt, Friedrichshagen.

Schlosser und Spleißer

zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. 22114\* Flugzeugwerke R. Goetze, Johannisthal, Flugplatz, Eingang 6a.

Tüchtige Dreher

für Feederleistungen (Stahlguß) sofort gesucht! Karl Kahr, Maschinenfabrik, Parchim i. M. 50672\*

Deutsche Motoren-Baugesellschaft Marienfelde

Für unseren Flugmotorenbau suchen wir noch eine große Anzahl erstklassiger Prazisionsdreher und Werkzeugdreher

Montagearbeiter

für Eisenkonstruktionen werden sofort eingestellt. Kammerichwerke. Zu melden: Reuday Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, Wittmann, Tor 3, bei Rottbusermeyer Hartmann. 276/18\*

Spitzendreher

gebüht, möglichst militärfrei, auch kriegsbeschädigt, sucht Stock Motorflug, Cöpenicker Str. 48/49. 27715\*

Helfer für Heizungsanlagen

suchen für sofort 28555 Gebr. Körting A.-G., Alt-Moabit 3. Berlin.

Arbeitskräfte

zur Holzverarbeitung, Feldbahnbetrieb, Bahnanbau und Bahnarbeit gesucht. Meldungen an die Güterverwaltung der Herrschaft Kunzendorf a. d. Piele, Kreis Havelberg.

Intelligenter Lagerarbeiter

kräftig, militärfrei, als Packer und für leichte Maschinenarbeit per sofort gesucht. 8021\*

Vereinigte Carborundumwerke

Alt-Moabit 73. Transport- und Lagerarbeiter zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. 221/3\* Flugzeugwerke R. Goetze, Johannisthal, Flugplatz, Eingang 6a.

Weibliches Hilfspersonal

für die Zigarettenindustrie wird eingestellt. 12992\* Zigarettenfabrik Garbáty, Pankow, Gadschstraße.

Jugendl. Arbeiterinnen werden

Gebr. Stollwerk, A.-G., Chausseestr. 87. 50731\* Lehrlinge im Alter von 14-16 Jahren sofort verlangt. 28616

A. Jandorf & Co., Rottbuserdamm 1.

Mehrere Schmiede

auf Feederarbeiten (Gusschmiede u. andere), Schirmermeister (auch arbeitsverwendungs-fähige für die Heimat und gipfelfähige) für einfache Arbeiten.

Alex. Herman G. m. b. H., Berlin N 20, Pankstr. 29. Schmiede

auf Feederarbeiten (Gusschmiede und andere), Schirmermeister für einfache Arbeiten verlangt 1472

Alex. Herman G. m. b. H., Berlin, Pankstr. 29. Schmiede

auf Feederarbeiten (Gusschmiede und andere), Schirmermeister für einfache Arbeiten verlangt 1472

Alex. Herman G. m. b. H., Berlin-Tempelhof, Koller-Waldstr. 10/11. Fahrpersonal

sucht Schuttschiff-Franzosei, Rottbuserdamm 11-17. 27365\*

Kräftige Arbeitsburschen verlangt Ernst Bleckmann, Alexanderstraße 22.

Zimmerleute, Postengeselle und Maurer gesucht. Rittergut Paulinenaue 50002\* bei Rauen.

Zuschläger und Stockgejellen

sofort gesucht. 57/11\* Schutz u. Goldschmidt, Remmstr. 13.

Bilderglaser

hoffer, sauberer Arbeiter, wird sofort gesucht 28605

Mehrere Packer

aus der Konfektion oder Stoffbranche gesucht. Arbeitszeit 1/2 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Meldung 1/3-2 und 4-7 Uhr. R. W. Waagen G. m. b. H., Wartgasse 53. 25682

Laufburschen

zum Ausfahren gesucht. Ballstr. 17-18. Rob. Bachmann. 28585

Fuhrwerk

für Zeitungstransport gesucht. Hauptexpedition des „Vorwärts“ Lindenstr. 3.

Steinschleifer sucht sofort Institut Moser, Potsdamer Straße 110. 28717

Arbeitsburschen jünger, sucht Steinbrücken Moser, Potsdamer Straße 110. 28718

Gehilfen für leichte Werkstattarbeit gesucht. Schiefinger, Neue Winterfeldstraße 45. 28719\*

Korbmacher verlangt Grün, Weihenstepf, Sedanstr. 30.

Arbeitsbursche

jüngerer, sogleich gesucht. Arbeitszeit 1/2-1/2 Uhr. 28720

Leonhard Tietz A.-G. Einlauder Str. 42/43.

Jüngere Kontoristin

verlangt Hauptexpedition des Vorwärts Lindenstr. 3, Laden.

Arbeiterinnen

kräftige, zum Kohlenpressen, Lötnerinnen für Zinkhülson, 37/12\*

Lötnerinnen

für Batterien, sucht Batterie-Fabrik Zeiler Rungestraße 20.

Mehrere jüngere Arbeiterinnen

(nicht unter 16 Jahren) für Bohr- und Schleifarbeiten verlangt Alex. Herman G. m. b. H., Berlin N 20, Pankstr. 29.

Kräftige jüngere Frau oder Mädchen

zur Reinigung des Ladens und für Hausdienarbeiten sofort verlangt. Arbeitszeit 8-7 Uhr, mit zweitägiger Tischzeit. Persönliche Vorstellung 9-1 Uhr und 5 bis 7 Uhr im Laden der Firma 28438\* J. A. Henckels, Leipziger Str. 118.